



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

N<sup>o</sup> 286.

Mittwoch den 6. Dezember

1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 11—14. (701—704.) Bogen des 24. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 323. 324. Frankf. Bg. 379. 380.

## K. Breslau, 5. Dezember.

Nächsten Donnerstag soll also ein nochmaliger letzter Versuch gemacht werden, ob es möglich sein wird, das Vereinbarungswerk fortzusetzen. Ob der Versuch ernstlich gemeint ist, wagen wir nicht zu bestimmen, ob er von Erfolg sein wird, bezweifeln wir. Die Verwirrung aller Verhältnisse und die Verwirrung in den Köpfen steigt mit jedem Tage, die Hoffnung, daß aus diesem Wirwar heraus, von denselben Elementen getragen, ein neues geordnetes Staatswesen sich entwickeln könnte, fängt an zur Chimäre zu werden, und nicht bloß eine Partei ist es, welche aus Ueberdruß an dem ganzen politischen Treiben dahin gekommen ist, eine Radikalkur zu verlangen.

Worin aber soll und kann diese bestehen?

Noch vor wenig Tagen hielten wir es für möglich, daß, wenn die ganze National-Versammlung vollzählig in Brandenburg sich zusammenfände, durch dieselbe in irgend einer Weise wenigstens ein Abschluß der bisherigen Wirren herbeigeführt werden könnte. Auch diese Hoffnung fängt jetzt an, uns zu verlassen.

Wäre die ganze in Berlin gebliebene Majorität gleich am ersten Sitzungstage in Brandenburg erschienen, so wäre uns das Bild innerer Zerrissenheit erspart worden, welches die letzte Sitzung darbot. Die Frage der Präsidentenwahl wäre durch eine starke Majorität entschieden worden, und eben diese Majorität hätte, grade weil sie stark war, auch die Macht gehabt, gemäßigt zu sein und dadurch das Zusammenbleiben der Versammlung zu ermöglichen, ohne ihrem Rechte etwas zu vergeben. Bei gegenseitigem aufrichtigen Willen konnte eine Versöhnung innerhalb der Versammlung wenigstens herbeigeführt werden, wenn die ausgeschiedene Minorität die Willfährigkeit der Majorität im Punkte der Verlegung nicht als eine Niederlage derselben ansehen, die Majorität aber ihre Stärke nicht wie einen Sieg über Feinde ausbeuten, sondern im alleinigen Interesse des Vaterlandes mit Weisheit und Mäßigung nutzen wollte.

Freilich blieb auch in diesem Falle eine Auflösung der Versammlung durch das Ministerium immer noch in Aussicht gestellt und sie würde auch eingetreten sein, wenn die mehr als wahrscheinliche Vermuthung begründet ist, daß nicht bloß die Zustände Berlins, sondern auch gar manche andere Umstände das Verfahren der gegenwärtigen Regierung hervorgerufen haben. Aber es war dann wenigstens eine Auflösung unter den günstigsten Umständen, welche Vielen im Lande die vorflüchtigen Augen wieder geöffnet haben würde.

Jetzt, glauben wir, ist auch eine Versöhnung in dieser Art nicht mehr möglich. Die ehemalige Majorität selbst ist ja in sich bereits wieder zerfallen und dürfte schwerlich, auch wenn künftig alle Abgeordneten nach Brandenburg gingen, dort als einige Majorität zusammenstehen oder höchstens nur dem Ministerium Brandenburg gegenüber. Aber selbst wenn dieser Fall unerwarteter Weise doch eintreten sollte, ist auf ein gedeihliches Zusammenwirken dieser Versammlung kaum zu rechnen, denn die letzte Sitzung schon hat die Gegensätze der Parteien in solcher Schroffheit hervortreten lassen, daß es nicht abzusehen ist, wie diese Elemente nochmals in eine friedliche organische Wechselwirkung sollten gebracht werden können. Der Besitz der Majoritätsberechtigung droht zu verschwinden, die unerbittliche Parteikonsequenz, an deren Stelle zu treten und das Manöver der Verlassung des Saales dürfte von jeder in der Minorität bleibenden Fraktion noch oft genug angewandt werden.

Wir erwarten also nach den letzten Erfahrungen auch für den Fall nicht mehr viel, den wir bis jetzt

für den günstigsten halten mußten. Wir glauben aber kaum, daß auch nur dieser Fall eintreten wird.

Ein Theil der Linken hat sich zu bestimmt gewei-gert, nach Brandenburg zu gehen, als daß wir jetzt noch auf eine Sinnesänderung hoffen könnten. Es wird also in jedem Falle auch in der vollzähligen Versammlung ein Theil des Landes unvertreten sein und eine Ergänzung der Versammlung notwendig werden. Bei der Frage, wie diese auf gesetzlichem Wege zu bewerkstelligen sei, stoßen wir auf neue fast unübersteigbare Schwierigkeiten.

Es giebt in unserm Staatsrecht noch kein gesetzliches Mittel, um einen Abgeordneten seines Mandates für verlustig zu erklären und alle Rechtsdeduktionen, welche man verschwendet, um der Regierung oder der National-Versammlung ein solches Recht zuzusprechen, bewegen sich in Spitzfindigkeiten und müssen in konsequenter Anwendung zur Vernichtung aller Garantien für die Unverletzlichkeit nicht bloß dieser und jener mißliebigen Abgeordneten, sondern der Volksvertretung überhaupt führen. Viel besser wäre es, offen mit der Sprache herauszukommen und zu gestehen, daß man auf dem Wege des formellen Rechtes nicht weiter fortkommen könne.

Auf gesetzlichem Wege kann ein Abgeordneter sein Mandat nur durch den Tod oder durch freiwillige Niederlegung verlieren, und wenn es den Abgeordneten, welche nicht nach Brandenburg gehen wollen, gefällt, so kommen sie, ohne an einer Sitzung der Nationalversammlung Theil zu nehmen, so lange Abgeordnete bleiben, als die National-Versammlung überhaupt besteht.

Dem Präsidium würde nur frei stehen, sie bei längerer Abwesenheit als verhindert zu betrachten und für die Zeit ihrer Abwesenheit die Stellvertreter einzuberufen.

72 Abgeordnete haben auch darüber eine Art von Beschluß gefaßt und die Ausführung dem Ministerium anheimgegeben. Dieser Beschluß, von der Minorität einer ohnehin nicht beschlußfähigen Versammlung gefaßt, hat in der bestehenden Rechtslage nicht einmal etwas ändern wollen, viel weniger etwas zu ändern vermocht. Wenn also das Ministerium für die fehlenden Abgeordneten deren Stellvertreter einberuft, ohne das eine Ausschließung der Abgeordneten auf gesetzlichem Wege zu Stande gebracht wird, so bleiben die Stellvertreter natürlich, was sie von jeher gewesen sind, nämlich zeitweise Vertreter des Abgeordneten und ihr Recht hört auf, sobald der Abgeordnete selbst wieder erscheint. Dieser aber kann jeden Augenblick erscheinen, so oft und so lange es ihm beliebt.

Daß eine Versammlung in solcher Rechtslage unmöglich verhandeln kann, liegt wohl auf der Hand. Es würde ein stetes Kommen und Gehen stattfinden, an eine feste und bleibende Majorität wäre nicht zu denken und durch den steten Zutritt neuer, mit den umfangreichen Vorarbeiten und dem ganzen Geschäftsgange noch völlig unbekannter Mitglieder, würden dem raschen Fortgange der Geschäfte unverträglich Schwierigkeiten in den Weg gestellt werden.

Die Frankfurter Versammlung hat zwar bei Arnold Ruge ein Präjudiz aufgestellt, wie man einen Abgeordneten dahin bringen könne, entweder in den Sitzungen zu erscheinen oder sein Mandat niederzulegen, und obschon auch diese Entscheidung sich auf kein Gesetz gründete, so läßt sich dagegen nicht viel einwenden, da die Unmöglichkeit einer solchen Maßnahme zu offenbarem Unsinn führen müßte. Allein die Frankfurter Versammlung hat doch wenigstens in vollzähliger Sitzung einen gültigen Beschluß darüber gefaßt und diesen dem Abgeordneten gehörig insinuiert. Wird aber

die Brandenburger Versammlung eine beschlußfähige Majorität für einen solchen Beschluß zusammenbringen? Wird sie jemals aus dem Kreise herauskommen, selbst noch unbeschlußfähig, über die Herstellung ihrer Beschlußfähigkeit gültige Beschlüsse fassen zu müssen? Wird also nicht das Ende der ganzen Verwirrung doch zuletzt wieder ein Gewaltstreich in milder Form sein?

Wenn aber durch einen solchen Gewaltstreich die abwesenden Abgeordneten auch wirklich ausgeschlossen würden, oder wenn sie selbst ihr Mandat niederlegten, so würde doch die Berufung der Stellvertreter keine gesetzliche, oder, wenn man sich darüber hinwegsetzen wollte, nicht einmal eine politisch richtige und zweckmäßige Maßregel sein, denn der Stellvertreter ist nicht dazu gewählt worden, um selbst Abgeordneter zu sein und seine Wahl ist gewöhnlich mit weniger allgemeiner Theilnahme, als die des Abgeordneten erfolgt. Er ist also nicht ein reiner Ausdruck des Volkswillens, nicht der Mann des höchsten Vertrauens, am allerwenigsten nach so mächtigen Erschütterungen, wie sie seit den Wahlen stattgefunden.

In jedem Falle also muß die Versammlung durch Neuwahlen ergänzt werden und es dringt sich nunmehr die Frage sehr ernstlich auf, ob es nicht gerathen erscheint, statt partieller Neuwahlen eine Neugestaltung der ganzen Versammlung herbeizuführen und zwar durch die Versammlung selbst? Nur wenn es der jetzigen Versammlung gelingen sollte, was wir kaum glauben, doch noch das Ministerium Brandenburg zu stürzen, und dadurch auch die Spannung in der Versammlung zu beseitigen, werden wir der Entscheidung dieser Frage überhoben bleiben.

Möge ein günstiges Gesirren über dem Vaterlande walten und den letzten Fall herbeiführen, damit wir endlich aus den wilden Stürmen heraus in die Bahnen einer freien und geordneten Bewegung gelangen.

## Preußen.

C.-B. Berlin, 4. Dezember. [Tagesbericht.]

Die endliche Entwirrung unserer politischen Verhältnisse, das Hinüberleiten in einen Rechtszustand scheint uns noch immer nicht bevorzustehen. Wenigstens lassen darauf die neuesten Handlungen unseres Gouvernements nicht schließen. Das von der Majorität der National-Versammlung bereits mehr als desavouirte Ministerium macht von Neuem Anstalten, sich zu komplettiren. Man hat ein Mitglied von der früheren Landtags-Opposition, Herrn van der Heydt aus Elberfeld, ausersuchen, das Finanz-Ministerium zu verwalten. Es ist bedauerlich, wenn man sieht, wie der größere Theil der 138 Opponenten des vereinigten Landtags so hinter der Zeit zurückgeblieben ist, daß selbst ein Ministerium Brandenburg-Manteuffel sich aus ihnen komplettiren kann. — Gegen einen Kämpfer an der Barrikade am kölnischen Rathhause, Herrn Donian, welcher im März noch ein Gedicht „an seine Mitkämpfer“ an jener Barrikade drucken ließ, soll deshalb eine Untersuchung bevorstehen. Ebenso ist gegen diejenigen, welche am 20. März (kurz nach der Amnestie) die Wohnung des Major Preuß, aus welcher auf das Volk geschossen worden war, demolirten, die Untersuchung bereits eingeleitet. — Gegen einzelne Deputirte sind von mehreren Seiten Denunciationen beim Staatsanwalt, theils wegen erlassener Proklamationen, theils wegen anderer Veröffentlichungen eingebracht. Sollte der Staatsanwalt auch wirklich die Anklage erheben, so dürfte der Entscheid der Richter doch mindestens zweifelhaft sein. Nach dem Gesetze über die Unverletzlichkeit der Deputirten dürfen Abgeordnete der zur Vereinbarung der preussischen

schen Verfassung berufenen Versammlung nur mit Bewilligung dieser Versammlung zur Untersuchung gezogen werden. Gegen die Bewilligung Seitens der Brandenburger Versammlung würden sich von einem Juristen sehr leicht erhebliche Einwände geltend machen lassen und selbst bei einer Auflösung der Versammlung würde bei vielen Gerichtshöfen der Fall eintreten, daß man sich inkompetent erklären würde, oder daß man sich in eine Entscheidung über die Frage: ob der Krone das Recht der Verlegung, Vertagung oder Auflösung zustehen einlassen müßte. — Dem Staatsanwalt ist die Broschüre des Abgeordneten für Cleve, Herrn Dr. Arnz: „Das Recht der National-Versammlung. Der Staatsstreik vom 9. November und die Verantwortlichkeit der Minister“ zur Verfolgung übergeben worden. Es sind in Folge dessen von der Polizei eine Anzahl Exemplare bei einem hiesigen Buchhändler konfisziert worden. Nachdem der Staatsanwalt die Verfolgung des Verfassers für nicht begründet erachtet, sind die Exemplare wieder zurückgegeben worden. — Von Herrn Arnz ist eine Kritik der von der Brandenburger Reichthum erlassenen Proclamation „an das Land“ in diesen Tagen zu erwarten. — Für den allgemein erwarteten Fall einer Auflösung der Kammer wird der Justizminister Rintelen einen neuen Beweis seiner Consequenz zu geben Gelegenheit haben. Herr R. hat bekanntlich in seiner Rechtfertigung die Verlegung und Vertagung gebilligt, sich jedoch ausdrücklich gegen eine Auflösung erklärt.

D.C. Berlin, 4. Dez. [Gerüchte wegen Auflösung der Nationalversammlung und gerichtlicher Verfolgung vieler Deputirten. — Angebliche Resultate der Anwesenheit Sagers. — Ausweisungen. — Mißtrauens-Adresse.] Ueber unsere Nationalversammlung und deren Mitglieder sind hier die verschiedenartigsten Gerüchte in Umlauf. Die nächste Sitzung derselben wird Donnerstag Vormittag 11 Uhr im Dom zu Brandenburg stattfinden. Es ist gewiß, daß sich mehr als 3/4 aller Mitglieder, also über 300 Abgeordnete zu dieser Sitzung einfinden werden, welche mit der Wahl des neuen Präsidiums beginnen wird. Das Ministerium soll beschloffen haben, im Falle Unruh als Präsident gewählt wird — was zu erwarten ist — die Versammlung sofort aufzulösen. Alle Parteien machen sich schon mit dieser Idee vertraut und berechnen ihre ferneren Pläne danach. — Gestern Abend erzählte man, daß der Staatsanwalt aufgefordert worden sei, die Anklage des Hochverraths gegen diejenigen Abgeordneten einzuleiten, welche den Aufruf vom 27. November an ihre „Mitbürger“ unterzeichnet haben. Auch gegen diejenigen Abgeordneten, welche die Entgegnung in Betreff des Bassermannschen Berichts unterzeichneten, soll eine Untersuchung wegen Beleidigung der deutschen Centralgewalt angeordnet sein. — Aus sicherer Quelle erfahren wir, daß Sagers Anwesenheit in Potsdam weniger den Zerwürfnissen zwischen Regierung und National-Versammlung galt, als dem Plane, Friedrich Wilhelm IV. doch noch die deutsche Kaiserkrone zu übertragen. Rußland und Oesterreich, welches letztere sich von der deutschen Sache zurückzieht, sollen damit einverstanden sein. Die Demarkationslinie und andere Länderabsonderungen stehen mit diesem Plane in enger Verbindung. Die Volkzählungsmacht der Regimenter und die Einberufung von 50 Bataillonen Landwehr in Preußen sind auch für den Fall gutbefunden, daß Frankreich Einsprüche gegen die Ausführung dieser Pläne einlegen sollte. Während die östlichen Kabinette sich zur Vernichtung der deutschen Demokratie verbunden haben, reichen sie auf der anderen Seite der retrograden Partei in Frankreich ins Geheim die Hand, um zu gleicher Zeit dort den Heerd der demokratischen Bewegung Europas zu zerstören. — Alle mißliebigen Personen, die nicht Berliner Bürger oder Eingeborene sind, werden vom Polizeipräsidium noch fortwährend ausgewiesen, mit Androhung der Verhaftung, wenn sie nicht binnen 24 Stunden die Stadt und ihren zweimeiligen Umkreis verlassen. Und das sind nicht etwa bloß „deutsche Ausländer“, welche so ausgewiesen werden, sondern hunderte von preussischen Staatsbürgern. — Es circulirt hier seit einigen Tagen folgende Mißtrauensadresse an den Magistrat: „Mit tiefster Entrüstung haben die unterzeichneten Einwohner Berlins die bis zur eingetretenen Militärherrschaft verschobene, dann aber endlich ans Licht getretene Gesinnungsaussprechung des Magistrats vom 21. November aufgenommen. Unsere Entrüstung war um so größer, als der Magistrat mit diesem lediglichen der Nacht huldigenden Manifeste sich in den offensten Widerspruch mit den Stadtverordneten versetzt hat, aus deren Wahl er hervorgegangen, und die in edlem Aufschwunge sich dazu erhoben hatten, die entgegengesetzte freie und edle Gesinnung durch Wort und That an den Tag zu legen. Wir müssen es aufs Schmerzlichste beklagen, daß die oberste Verwaltung der Stadt einem Kollegium von Männern der in dem Manifeste vom 21. November kundgegebenen Gesinnung anvertraut worden ist.“ — Diese Mißtrauensadresse ist bereits mit vielen Tausenden von Unterschriften bedeckt, und wird dem Magi-

strat von der wahren Stimmung der Stadt ein Zeugniß geben.

\* Berlin, 4. Dezbr. [Die nächste Zukunft.] — Vermischtes.] Die neueste Wendung der Dinge in Brandenburg ruft die mannigfachsten politischen Gerüchte hervor, über welche jedoch etwas Gewisses schwer zu sagen sein möchte. Am häufigsten vernimmt man die Vermuthung, daß die Versammlung in Brandenburg aufgelöst und demnächst eine Verfassung oktroyirt werden dürfte. Die rechte Seite der Nationalversammlung soll hierfür selbst thätig sein. Letzteres ist nicht unwahrscheinlich, wenn man die in ihrer Parlaments-Korrespondenz vorwaltende Stimmung, besonders in der Ansprache „An das Land“ beachtet. Uebrigens scheinen nach den Vorgängen des 1. Dezember aus den verschiedensten Fraktionen die Ansichten sich dahin zu neigen, daß eine Ausgleichung zwischen den gespaltenen Theilen der Nationalversammlung zur Unmöglichkeit geworden sei. Die Leidenschaften haben sich dadurch auf eine solche Weise gesteigert, daß man es nicht verschmäht, sich bereits mit Persönlichkeiten in Form politischer Disticha (vergleichen Disticha theilt die Korrespondenz der Rechten reichlich mit) zu verfolgen. Von einer solchen Versammlung hat allerdings die Zukunft des Landes gar wenig zu erwarten. — Das Gerücht, als wäre am Abend des 31. Oktobers durch die Bürgerwehr die Verhaftung eines Gutsbesizers aus Mecklenburg und eines Hauslehrers aus einer hiesigen Aristokraten-Familie erfolgt, weil dieselben Geld an die Tumultuanten und Fackelträger vor dem Schauspielhause vertheilt hätten, ist eine leere Erfindung. Man weiß bei den betreffenden Behörden nichts von solchen, durch die Bürgerwehr erfolgten Verhaftungen. — Auf dem Bahnhof zu Angermünde ward am 3. d. M. der Packmeister Klauß dadurch getödtet, daß er beim Herabspringen von seinem Sitze des Güterwagens statt den Perren zu erreichen, zwischen die Wagen fiel.

\* Es wird uns folgende Ansprache zugesendet: „An das Land! Wir haben schon einmal in dieser verhängnißvollen Zeit unsere Worte an Euch, Bewohner unseres Preußenreichs gerichtet. Ihr habt sie gut aufgenommen und der Erfolg hat sie gerechtfertigt. Vertraut uns auch jetzt, wo Vertrauen und Eintracht allein das Vaterland retten kann. — Der Theil der Nationalversammlung, welcher sich der durch die Nothwendigkeit gebotenen Verlegung nach Brandenburg widersetzt, hat eine Zeitlang fortgetagt, unbekümmert um die Spaltung und Verwirrung, die er dadurch in das Land geworfen; er hat zuletzt die Steuerverweigerung dekretirt und so an der politischen Frage auch den Eigennuz betheiliget. — Das Volk hat auf dieses eben so unedle als rechtswidrige Mittel geantwortet, wie es einem für Gefügigkeit und staatliche Ordnung gereiften Volke geziemt; es hat sich für seinen König erhoben, würdig der Treue, die in seiner Geschichte glänzt und deren Bewahrung für edle Gemüther in Zeiten des Unglücks vor Allem Bedürfnis ist. — Wir ändern haben uns auf Grund der in der königlichen Vertagungs-Botschaft enthaltenen Einberufung am 27. November hier in Brandenburg versammelt. Wir kamen hierher mit der Hoffnung, die vergangenen Tage würden die Leidenschaften gekühlt und zum Ablenken von der betretenen Bahn gestimmt haben. Wir hegten die Zuversicht, daß die Stimme des Landes, daß der Abgrund, bis an dessen Rand jene übereilten Schritte das Vaterland gebracht, die Besonnenheit zurückgeführt hätten; wir dachten die Möglichkeit, daß wir Alle, die Lehren des Vergangenen benutzend, uns durch die überstandene Gefahr zur neuen Eintracht gestärkt, das Verfassungswerk rasch zur Vollendung gebracht, dadurch die Erwartungen des draußen sehnüchtig harrenden Volkes befriedigt und durch die Befestigung unserer neuen Zustände die Ordnung und das Vertrauen zurückgeführt hätten, wodurch die reichen Hülfquellen unseres Landes wieder flüßig gemacht und sehr bald ihren Segen noch reicher als zuvor über den Bürger und Landmann, über Handwerker und Arbeiter, über Handel und Industrie, über Kunst, Wissenschaft und Wohlthätigkeits-Anstalten, kurz, über Alles ergießen würden, wodurch unser Vaterland so groß und glänzend da stand und noch stehen könnte. — Der Weg hierzu war den andern angebahnt. Die Entscheidung der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt, das Urtheil der Universitäten und angesehenen Gerichtshöfe, Adressen mit zahllosen Unterschriften hatten sich für das Recht der Krone erklärt, und die Macht der Thatfachen sich ihm zur Seite gestellt. Wem von den Andern dieses noch nicht genügte, der konnte seine Rechtsansicht über das Vergangene durch eine öffentliche Erklärung verwalten, dann aber sich unumwunden für die Zukunft an den Standpunkt der am 9. November vertagten und am 27. November wieder eröffneten Nationalversammlung anschließen. Denn vorwärts, nicht rückwärts liegt das Wohl des Vaterlandes! — So ist nach dem Zeugniß der Geschichte in unzähligen Fällen gehandelt worden. So werden immer Diejenigen handeln, denen das Heil des Ganzen höher steht, als der Triumph einer formellen juristischen Rechts-

berei; welche wissen, daß in einem so verhängnißvollen Augenblicke, wo Alles wankt, Selbstverleugnung eine sittliche Pflicht ist, welche das Vaterland gebieterisch auferlegt und über deren Erfüllung vor dem Richterstuhle Gottes und der Geschichte Rechenschaft gefordert wird. So hat auch ein Mann gehandelt, den es uns geschmerzt hat, einige Zeit in unseren Reihen zu vermissen — Bornemann, dessen Beispiel auch diesmal Viele hätten folgen sollen. — Dieses ist aber nicht geschehen; vielmehr nachdem wir vom 27. bis 30. November täglich in nicht beschlußfähiger Zahl versammelt gewesen, erschien am 1. Dezember eine bedeutende Anzahl der bisher Ausgebliebenen mit der Erklärung ihres Wortführers, daß sie auf Einberufung ihres während der Vertagung gewählten Präsidenten v. Unruh sich hierher begeben, daß dieser sich auch eingefunden haben würde, wenn er und die beiden Vicepräsidenten nicht mit der Einberufung von etwa hundert noch fehlenden Mitgliedern beschäftigt gewesen, daß aber diese Einberufung bis zum nächsten Montag vollendet sein würde. Zugleich war beantragt worden, die Versammlung bis dahin zu vertagen. — Als die Versammlung diesen Antrag verneinend entschied, verließen jene Mitglieder sofort den Saal und machten dadurch die Zurückgebliebenen wieder beschlußunfähig, so daß auch nicht die definitive Präsidentenwahl vorgenommen werden konnte. — Durch jene Erklärung ist also von den bis dahin Ausgebliebenen unumwunden ausgesprochen, daß sie im schroffsten Widerspruch zur Staatsregierung beharren, daß sie an ihren vom 9. bis 27. November vorgenommenen ungesetlichen Akten und Wahlen unbedingt festhalten, und daß sie nicht eine Vertagung nach Brandenburg durch die Krone, sondern nur eine Berufung durch ihren angeblichen Präsidenten v. Unruh gelten lassen. Dadurch ist eine offene Auflehnung gegen die Krone erklärt, der Bürgerkrieg in den Dom zu Brandenburg verlegt und eine Regierung Unruh gegenüber der Regierung Friedrich Wilhelm IV. aufzurichten unternommen worden. — Bewohner des Preußenlandes! Ihr habt uns auf den Ruf des Königs entsendet, mit Ihm eine Verfassung zu vereinbaren, mit Ihm ein Werk der Eintracht und des Friedens zur Begründung wahrer Volksfreiheit zu stiften. Urtheilt selbst, welche Hindernisse uns bei Lösung unserer Aufgabe entgegenstehen. — Männer und Jünglinge des Vaterlandes! Schon einmal haben wir Euch die Worte zugerufen: „Entbrennt die Zwietracht trotz unserer heißesten Wünsche, so stehen und fallen wir mit der konstitutionellen Monarchie!“ Das ist unser Panier. Haltet zu demselben mit uns in dieser Zeit der Gefahr! Zeigt Euch deutscher Treue und der Freiheit würdig!

Gott erhalte den König und das theure Vaterland.

Brandenburg, am 2. Dezember 1848.  
Der gewählte Ausschuss der Rechten und des rechten Centrum der National-Vers.

Baumstark (Greifswald), v. Daniels (Erfeleng), Garkfort (Hagen), v. d. Heydt (Erfeleng), Peffe (Sölingen), Ostermann (Dortmund), Simons (Erfeleng), Bennewitz (Hörter), Walter (Reinbach), v. Wittgenstein (Stadt Köln).

Die heute anwesenden Mitglieder:  
v. Bardeleben (Berlin), Bauer (Berlin), Bigge (Merschede), v. Borries (Herford), Brockhausen (Münster Stadtkreis), Brünninghaus (Altena), v. Brünneck (Lebus), Bumbke (Oppeln), Busmann (Gnesen), Clausen (Rastenburg), Dallmann (Herford), Diesterweg (Bielefeld), Diethold (Weissenfeld), v. Enkevort (Ueckermünde), Eichmann (Waltbroel), Felthaus (Gummersbach), Frenken (Heinsberg), Funke (Necklinghausen), Gellern, Gelschorn (Arnsberg), Gester (Schubin), Grobdeck (Danzig), v. Gubenau (Grevendroich), Hansmann, Hartmann (Deutsch-Grone), Herrmann (Erfeleng), Hesse (Waburg), Hofer (Stallupönen), Huchzermeyer (Bielefeld), Jacob (Halle), Jachmann (Rönigsberg), Jonas (Berlin), Kehl (Duisburg), Keiser (Lübeck), Koch (Seldern), Krühl (Leobschitz), Krüger (Minden), Kühnweber (Nachen), Künfer (Wirfch), Lenging, Lohmann (Bilten), Maerke (Zettow), Marznowski (Vst), v. Meusebach (Mansfelder Gebirgskreis), Meyer (Nemel), Müllensiefen (Bochum), Müller (Solingen), v. Mylius (Jülich), Neuenburg (Neuwied), Pieper (Fischhausen), Pleier (Danziger Landkreis), v. Reichmeyer (Dornitz), Rettig (Dr. Friedland), Rig (Glabbach), Ritter (Nieder-Barnim), Rintelen (Paderborn), Roeder (Schweidnitz), Rombey (Seldern), Rottels, Sames (Simmern), Schadt (Neuwied), Scheidt (Duisburg), Schimmel (Tellenburg), Schmidt (Berslow), Schmitz (Krefeld), Schwonder (Zlatow), Schütze (Fraustadt), Semrau (Schlochau), Siegert (Strehlen), Spantling (Gumbinnen), Steinbeck (Westhavelland), Stupp (Düren), Sümmermann (Hamm), Teberahn, Tripp (Penne), Tüschhaus (Münster Kreis), Ulrich (Soest), Wilmeyer (Halle in Westfalen), v. Wigs-Rheg (Bromberg), Wener (Lobau).

Die in Berlin erscheinende „Neue Preussische Zeitung“ meldet: Von einem Ohrenzeugen wird uns die Antwort Sr. Majestät des Königs, die Allerhöchstersebe bei Ueberreichung der Adresse der Hallenser Studentenschaft den Senioren bei der Gratulation am 29sten ertheilte, jetzt wörtlich, wie folgt, mitgetheilt. „Ich danke Ihnen herzlich, meine lieben Herren, für Ihre Versicherungen, aber es sind Worte. Sie sagen, wenn die Jugend einmal ihre Liebe schenkt, den läßt sie nicht; das sind Worte — erst dem Manne prägen sich die Gesinnungen aus zur

Festigkeit und That, und darum können Sie Mir vertrauen, denn in Meinem innersten Wesen liegt, wie Sie ganz richtig bemerkt haben, trotz vorgerückter Jahre noch alle Freude und alle Begeisterung der Jugend. — Glauben Sie nicht, meine liebe Herren, daß ich dieser Jugend der Universitäten im großen Ganzen alle die Irrthümer zurechne, die von Einzelnen und einzelnen Corporationen in dieser bewegten Zeit ausgegangen sind. Die Irrthümer der Jugend und ihre falschen Ansichten haben nicht in Augenfehlern ihren Grund, sie kommen von zu vielem Lichte — von überreicher oder falscher Beleuchtung eines Gegenstandes. Nur wo das graue Laster in seiner ganzen Verderbtheit Mir erscheint, da werde Ich ihm als König und Herr stets rücksichtslos entgentreten. — Sie, meine lieben Herren, als der Universität Halle angehörig, sind Mitglieder einer Corporation, die stets auf dem Wege des Gesetzes und des Rechtes gegangen ist. In den Männern, welche aus ihr hervorgegangen sind, habe Ich immer Freunde gefunden. Ich werde Halle nie mit anderen Universitäten confundiren. Sagen Sie dies Ihren lieben Commilitonen, sagen Sie Ihnen, daß, wie Ich Sie jetzt als hoffnungsvolle Jünglinge vor Mir sehe, Ich freudig hoffen darf, Sie dereinst als starke Männer zu begrüßen, deren jede Zeit und die Unsere ganz besonders bedarf."

**Stettin, 4. Dez.** [Die Vorfälle in Kolberg.] Zur Bervollständigung unferes Berichts vom 27. über gewisse Vorfälle in Kolberg, in Folge deren eine Untersuchung gegen Militärs eingeleitet wäre, theilen wir heute Nachstehendes mit. An einem im Kolberg bestehenden Vereine: zur Wahrung der Volksrechte, beteiligten sich außer den Lieutenants v. Duecker, v. Menz, dem Regiments-Arzte Grunow, dem Assistentz-Arzt Schmitz, auch der Ober-Feuerwerker Fenz, der Feuerwerker Westphal und mehrere andere Artilleristen. Der Lieutenant v. Duecker, welcher einst wegen Beteiligte an der Annekeschen Angelegenheit nach Stettin und später nach Kolberg verfest wurde, war Präsident jenes Vereins. Nach Ausbruch des Konfliktes zwischen der Krone und der National-Versammlung erklärte sich der Verein für die National-Versammlung in einer Adresse, in welcher unter andern die Stelle vorkam, daß man die Versammlung nöthigenfalls mit Gut und Blut unterstützen wolle. Der Lieutenant v. Duecker nahm außerdem noch thätigen Antheil an einer Versammlung, die auf einem Dorfe in der Nähe von Kolberg stattfand. Mehrere Bürger Kolbergs, welche die Thätigkeit des ganzen Vereins und namentlich die Theilnahme der obengenannten und bezeichneten Männer mit dem größten Mißtrauen und Argwohn betrachteten, denuncirten darauf in einem nach Berlin gesandten Schreiben obige Data mit weitem Angaben, worauf das hiesige General-Kommando auf eine scharfe Weise mit weitem Anweisungen von den Vorgesetzten in Kolberg in Kenntniß gesetzt wurde. Der Major Schach v. Wittenau eilte von Stettin sogleich nach der gedachten Festung, wo auch der frühere General-Adjutant des Königs, v. Brühl, eingetroffen war. Den erkrankten General v. Ledebur, welcher die Militärs in Ausübung der ihnen zustehenden staatsbürgerlichen Rechte als Ehrenmann nicht rechtzeitig gestört hatte, suspendirte man vom Amte und verabschiedete ihn darauf. Obwohl nichts weiter vorlag, als daß die genannten Männer als Mitglieder eines Vereins sich in einer Adresse für die National-Versammlung erklärt hatten (einzelne Militärs waren nicht einmal bei der Abfassung zugegen gewesen), so drang man mehrfach in den Auditor Stolberg, bei allen denuncirten Personen sogleich Hausfuchung vorzunehmen. Obwohl Herr Stolberg anfänglich erklärte, daß Nichts zu einem solchen Schritte vorläge, so wurde doch, um Allen Genüge zu thun, die Hausfuchung ohne weiteres Resultat veranstaltet, die Vollziehung eines Verhaftesbefehls lehnte aber Herr Stolberg trotz wiederholten Dringens als ungeschicklich ab. — Man hätte nach dem wirklich kindischen Eifer gewisser Männer glauben müssen, das Vaterland sei in Gefahr und die jungfräuliche Festung auf dem Punkte, Pommerschen Demokraten ohne Belagerung in die Hände zu fallen. Inzwischen sprengte man das Gerücht aus: von einem Ober-Feuerwerker und einem Feuerwerker seien mehrere tausend Patronen in der Stille angefertigt, um für die Zwecke der National-Versammlung verwandt zu werden, und die bleiche, unmännliche Furcht ließ auch den abgeschmacktesten Gerüchten ihr williges Ohr. Der Lieutenant v. Duecker, welcher bereits nach Straßund verfest war, wurde gefänglich eingezogen, nach Kolberg transportirt und von dort nach unserer Stadt gebracht, wo er sich jetzt als Patient in einem Zimmer des Militär-Lazarethes befindet. Hr. v. Duecker stand hier früher in Garnison, war Mitglied des Nord-Klubs und wir lernten denselben als einen gebildeten, anspruchlosen Mann hochschätzen. Außerdem erhielten der Ober-Feuerwerker Fenz und der Feuerwerker Westphal Ordre, sich nach Stettin zu begeben; dieselben befinden sich zwar in Untersuchung, jedoch thun dieselben als Unteroffiziere bei der 2. Kompagnie Dienste. Der Regiments-Arzt Grunow, der Assistentz-Arzt Schmitz und der Lieutenant von Menz bekamen später Befehl,

sich auch hierher zu verfügen, wo ihnen weitere Quartiere angewiesen werden würden. Diese Herren trafen gestern am 3. hier ein, befinden sich jedoch noch auf freiem Fuße. (Dfsee-3.)

**Silfit, 29. Novbr.** In der am 27sten im Kreise Niederung abgehaltenen Generalversammlung der Wahlmänner des Kreises haben dieselben ihrem Abgeordneten Kirchmann auf dessen ausdrückliche Aufforderung einstimmig ein Vertrauensvotum zugestellt.

**Thorn, 1. Dezbr.** [Die Parteien. Russisches.] Hier stehen zwei Parteien sich entschieden gegenüber, die Anhänger der Krone, meist Reactionäre, und die Anhänger der National-Versammlung. Die Ersteren bilden den patriotischen Preußenverein, fast ausschließlich Beamte und Militärs, wenig Bürger. Um für die Sitzungen ein zahlreiches Publikum zu gewinnen, werden Soldaten indirekt kommandirt. Ein Major forderte geradezu seine Feldwebel und Unteroffiziere auf, nur den Preußenverein zu besuchen, dort würden sie ihre Ansichten ausgesprochen finden. Die der eben geschilderten Partei entgegenstehende ist die demokratisch-konstitutionelle. Ihr Mittelpunkt ist der Klubb gleichen Namens. Sie wirkt durch Volksversammlungen und Schriften. — Der hiesigen Garnison würden wir Unrecht thun, wollten wir dieselbe als durchweg reactionär bezeichnen. Sie ist es nicht, es existirt in ihr eine gebildete und demokratische Minorität. Zwei Offiziere, der Premier-Lieutenant von Grümacher und Ingenieur-Lieutenant von Arnim haben ihren Abschied genommen, weil sie den Maßregeln der Regierung nicht beistimmen können. — Aus russisch Polen kann ich Ihnen aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß die russische Regierung damit umgeht, die hermetische Grenzsperrre noch zu verstärken. Auf der ganzen Grenze gegen Preußen sollen Wachthäuser, von einander eine Werst entfernt, von der Größe erbaut werden, daß zwölf Mann darin Platz haben. Wo sich Wald befindet, wird derselbe für diese Douanelinie gelichtet werden. Eine zweite wird etwas ferner von der Grenze eingerichtet werden. Ein Unter- und ein Ober-Aufseher werden auf dieser Linie den Dienst versehen. Für denselben sollen Veteranen der russischen Armee bestimmt sein. Der Höhepunkt dieser Maßregel ist aber die Bestimmung, daß es nur vier Eingangspunkte auf der ganzen Grenzstrecke nach Preußen für die von hier nach Polen passirenden Waaren geben wird. Auch hat man die Gutsbesitzer aufgefordert, solche Wachthäuser zu erbauen, um sie an die Regierung zu vermietthen, jedoch mit dem Bemerkten, man möge sie so bauen, daß sie auch für andere Zwecke, wenn die Grenze verückt werden sollte, benutzt werden könnten. Ferner berichtet man uns, daß die Grenze zwischen Polen und Rußland ganz aufgehoben worden ist, indessen können wir letzteres nicht verbürgen. (Dfsee-3.)

**\* Königsberg, 2. Dezbr.** [Domänen und Forsten sollen parcellirt werden. General Colomb. Landwehr.] Von mehreren Einsassen des Regierungsbezirks Königsberg sind höheren Orts Anträge wegen künstlicher Ueberlassung von Forstländen gemacht worden. Auf Anordnung des Finanz-Ministers bringt nun die hiesige königliche Regierung zur allgemeinen Kenntniß, daß es die Absicht der Verwaltung ist, diejenigen Domänen und Forstgrundstücke, welche sich zum Uebergang in den Privatbesitz eignen, sobald die Disposition über solche zulässig wird und sofern Aussicht auf entsprechende Verwerthung vorhanden ist, im Wege der Licitation zum Verkauf zu stellen, daß Einleitungen hierzu bereits angeordnet sind und seiner Zeit die zur öffentlichen Ausbietung anzusetzenden Termine zur allgemeinen Kenntniß werden gebracht werden und es allen denen, welche des Vermögens sind, die gestellten Bedingungen zu erfüllen, überlassen wird diese Gelegenheit zum Landerwerbe für sich zu benutzen. — Der für Königsberg zum Gouverneur ernannte Generalleutenant v. Colomb traf bereits gestern hier ein und hat vorläufig bis zur Einrichtung eines besonderen Gouvernementsgebäudes im Hotel du Nord Logis genommen. — Von der Landwehr unser Provinz wird vorläufig die Garde-Landwehr mobil gemacht. Die Wehrmänner des hiesigen Garde-Landwehr-Bataillons sind bereits einbeordert und es tritt in künftiger Woche das ganze Bataillon zusammen.

**Düsseldorf, 1. Dezbr.** Zuverlässigem Vernehmen nach wird von Seiten der Minister des Krieges und des Innern die völlige Verlegung der Garnison, sowie des Sitzes der Regierung von Düsseldorf beabsichtigt. (Düsseldorf. 3.)

**Koblenz, 1. Dez.** [Säbelhererschaft.] Heute wird allgemein darüber geklagt, daß das Kriegsvolk nicht allein während des Auslaufes, sondern auch nach Beendigung desselben sich der schrecklichsten Uebergriffe schuldig gemacht habe. Hierzu nur ein Beleg, den wir verbürgen können. Ein junger Mensch, der erweislich bis dahin sein Zimmer nicht verlassen, geht nach vollständiger Beendigung des Auftrittes über die betreffende Strafe und will ruhig zwischen den daselbst aufgestellten Soldaten durchgehen, als er urplötzlich von mehreren Offizieren und Soldaten überfallen und ohne Weiteres auf die schrecklichste Weise mißhandelt wird,

mit der Aeußerung, „das ist der Keel, der uns so viel zu schaffen gemacht hat.“ Hierauf wird er in das Gefängniß abgeführt und hute früh wieder in Freiheit gesetzt. — Der Oberbürgermeister hat versprochen, wegen dieser Mißhandlung die strengste Untersuchung zu veranlassen. Indessen haben wir wohl Grund, sehr zu bezweifeln, ob diese Untersuchung zu irgend einem Erfolge führen werde. (Volkschalle.)

**Von der Mosel, 30. Nov.** [Ueberall Belagerungszustand.] Zuweilen amüsiren auch Dorfgeschichten. Denken Sie sich, gestern Mittag wurde das Dertchen Wehlen bei Berncastel förmlich in Belagerungszustand erklärt, nachdem des Morgens das 2. Bataillon des 37. Inf.-Regiments, eine Abtheilung Ulanen und 2 Kanonen eingerückt waren. Sogleich schritt man Behufs Entwaffnung der Bürgerwehr zur Hausuntersuchung. Verheimlichter von Schießwaffen, Heugabeln u. dgl. wurden verhaftet und sitzen auf dem Schulhause, welches zur Hauptwache umgestaltet ist. Infanterie- und Kavaleripatrouillen durchziehen Tag und Nacht das Dorf, und ist letzteres auf mehrere 1000 Schritte mit scharfgeladenen Wachtposten umstellt. Als Ursache dieser wahrhaft unerhörten Maßregel wird die Thatfache bezeichnet, daß die Bürgerwehr von Wehlen, wie überhaupt circa 5—6000 Männer des Kreises Berncastel, am vorigen Sonntage der Verhaftung einiger Berncasteler Bürger bewaffneten Widerstand geleistet habe. Der Ausschuf des demokratischen Vereins in genanntem Städtchen, welches ebenfalls in Belagerungszustand erklärt ist, ist theils verhaftet, theils auf der Flucht. Schließlich noch die Bemerkung, daß die Soldaten im Allgemeinen einen recht humanen Sinn verrathen, wofür sie mit dem edlen Saft unserer Neben reichlich regalirt werden. (Mosel-3.)

**Deutschland.**

□ **Frankfurt a. M., 2. Dez.** [127. Sitzung der deutschen verfassunggebenden National-Versammlung.] Sommaruga aus Wien zeigt einen Bericht an im Namen des Ausschusses für die österreichischen Angelegenheiten, nach welchem dem von dem Abgeordneten Zimmermann aus Spandau gestellten Antrage zur Untersuchung der in Wien stattgehabten Gräuelt, Folge gegeben werden solle, um die Urheber solcher Handlungen zur Bestrafung zu ziehen. — Grumbrecht aus Lüneburg im Namen des Prioritäts-Petitions-Ausschusses, zeigt den Bericht über eine Petition an, welche eine Entschädigungsforderung für zum Bau der Festung Rastatt gelieferte Materialien zur Auszahlung beantragt. — Der Antrag des Ausschusses geht dahin, die Beschwerdeschrift dem Reichskriegsministerium zur Erledigung zu überweisen. — Demselben wird durch Beschluß der Versammlung Folge gegeben. — Wiesner aus Wien verliest folgende Interpellationen:

An das Reichsministerium, „welche Vorkehrungen dasselbe getroffen habe, um die Handelsbeziehungen Deutschlands mit Ungarn durch geeigneten Schutz wieder herzustellen, und ob dasselbe die gegenwärtige günstige Gelegenheit ergriffen habe, um die gefährdeten Interessen Deutschlands, in dem gegen Ungarn beabsichtigten Kampfe, auf dem Wege des Friedens zu wahren.“

An den Reichsminister, „welche Maßregeln ergreifen seien, um zu verhindern, daß Reichstruppen nicht gezwungen würden, mit Barbarenhorden zu Felde zu ziehen, und ob die nach Oesterreich abgesandten Reichskommissäre ihre Instruktionen dahin erhalten haben, dafür zu sorgen, daß Deutschland von diesen Horden befreit werde, oder ob der Reichskriegsminister glaube, daß eine Armee von 900,000 Mann noch nicht ausreiche, die Ruhe des Vaterlandes zu erhalten?“

An das Reichsjustizministerium, „welche Schritte geschehen seien, um die wiederrechtlich in Gräß verhafteten und nach Wien abgeführten Bürger gegen die Willkürherrschaft des Fürsten Windischgräß zu schützen?“

Laßaulr aus München fragt den Reichsjustizminister, was derselbe Angesichts des Gesetzes vom 10. Okt., und in Vollziehung desselben über den in der deutschen Reichstagszeitung vom 24. Nov. befindlichen Auffas, den Tod Robert Bium's betreffend, und worin eine Beleidigung der National-Versammlung enthalten, zu thun gedenke? — Ist jedoch mit der Ansicht, daß eine so knabenhafte Schmäbung einer Beleidigung sei, einverstanden und verlangt keine weitere Antwort.

Die Art und Weise, wie der Interpellant seine Beschwerde motivirte, ruft große Aufregung hervor, und veranlaßt Köppler von Dels, zu der Klage gegen den Vorsitzenden, daß derselbe die Ordnung nicht gehörig gehandhabt, und dem Vorredner Ausdrücke nicht verwiesen habe, die auf der Tribüne als nicht gehörig zu betrachten seien, so wie daß er selbst nicht in gehöriger Weise die Ruhe zu erhalten gesucht habe, und verlange daher Begutachtung seine Beschwerde durch den Ausschuf für die Geschäftsordnung. — Der Vorsitzende ist damit einverstanden, zumal er glaube, nicht ferner präsidiren zu können, da ihm die hinreichende Ruhe fehle. — (Weifall rechts.)

Handelsminister Duckwig beantwortet die von Gravenhorst gestellte Interpellation der Stadt Harburg bezüglich ihrer Beeinträchtigung der freien Schifffahrt auf der Elbe durch Hamburg dahin, daß er, nach den, von dem Bevollmächtigten der Stadt Hamburg bei der Centralgewalt eingeholten Aufklärungen, keinen andern Ausweg wisse, als den Gegenstand noch einige Zeit auf sich beruhen zu lassen, da in einigen Monaten eine Regelung der deutschen Zollverhältnisse eintreten werde. — Hamburgs Zollverfahren müsse dann auch eine Aenderung erleiden, und dadurch werde der Beschwerde Abhilfe zu Theil werden, da dieselbe nur in der jetzt herrschenden Verwaltung begründet. Auf die von Reden und Genossen gestellte Frage wegen Beeinträchtigung deutscher Staaten durch die von dem Zollvereine eingeführten Zollausschläge auf Waaren die nicht aus Zollvereinsstaaten kommen, wird eine Erklärung dahin abgegeben, daß die geforderten amtlichen Erklärungen noch nicht eingegangen seien, daß aber nach anderweit erhaltener Mittheilung, die betreffenden Staaten sich dahin erklärt haben, daß sie von der Maßregel wenig betroffen würden, und keine Veranlassung fänden, reklamirend einzuschreiten. — Nach der Erklärung Frankreichs, mit dem 1. Januar 1849 seine Ausfuhrprämien zurückzunehmen, werden auch die von dem Zollvereine angeordneten Zollausschläge aufhören, und somit die Beschwerde von selbst fallen.

Reichsminister des Innern Schmerling beantwortet die von Levysohn gestellte Frage bezüglich Regelung der preussischen Angelegenheiten, und namentlich der in Berücksichtigung der von dem Reichsverweser gehaltenen Ansprache an das deutsche Volk vom 20. v. Mts., dahin, daß die für die nach Berlin gesandten Reichskommissäre ertheilten Instruktionen bekannt, dieselben in diesem Sinne auch thätig seien und hoffentlich einen günstigen Erfolg haben würden. Was den Punkt der Steuerverweigerung anbelange, so beruhe der von dem Reichsverweser dahin zielende Anspruch auf dem Beschluß, welchen die Nationalversammlung getroffen, und sei daher ganz und gar in der Ordnung begründet.

Reichsjustizminister Mohl kann die von Lassault heute gestellte Interpellation, bezüglich gerichtlicher Verfolgung des Redakteurs der deutschen Reichstagszeitung, weder formell noch materiell so beantworten, wie er wünscht, da der betreffende Artikel dem Gerichte zugewiesen sei, welche Antwort darauf ertheilt worden, sei unbekannt.

Die von Berger aus Wien gestellte Interpellation um ein Einschreiten gegen die von dem Generale Cordon erlassenen Verfügungen, während des Belagerungszustandes in Wien auch auf gemachte Aeußerungen das standrechtliche Verfahren anzuwenden, herbeizuführen, wird dahin beantwortet, daß es bekannt sei, wie das Gesamtministerium an das österreichische Ministerium die Forderung gestellt habe, alle dergleichen Ausnahmemaßregeln aufzuheben, in specie seien die dorthin entsendeten Reichskommissäre noch besonders angewiesen, Alles zu thun, um die Handhabung der ordentlichen Gerichte herbeizuführen.

Die von Blumöder aus Kirchenlamitz gestellte Frage wegen Einforderung der Statuten und Angabe der Anzahl der Mitglieder von einzelnen Vereinen, wird dahin beantwortet, daß es dem Ministerium darum zu thun gewesen sei, statistische Notizen über das Vereinswesen zu erhalten; habe ein Polizeibeamter in allzugroßem Eifer die Verfügung in zu großer Ausdehnung in Anwendung gebracht, so kann das Ministerium nichts dafür, kann dagegen auch nichts thun, zumal weder dasselbe noch die Nationalversammlung eine Rekursbehörde sei, um dergleichen Beschwerden zu erledigen. — Reden aus Berlin ist mit der von dem Handelsminister ertheilten Auskunft zufrieden.

Bauer aus Hechingen behält sich vor, seine Anträge auf die erhaltene Antwort später zu stellen. Mackowiski aus Krakau stellt in Folge der von Reden'sche Interpellation folgenden dringenden Antrag: „Die Nationalversammlung wolle beschließen, die nach der von der französischen Regierung abgegebenen Erklärung, daß die von ihr angeordneten Ausfuhrprämien mit dem 1. Januar 1849 aufhören werden, und somit auch die vom Zollvereine angeforderten Zollausschläge für nicht zum Zollvereine gehörigen Waaren wegfallen sollen, daß dieselben den aus Deutsch-Oesterreich kommenden Waaren zurückgezahlt werden mögen. Die Dringlichkeit des Antrags wird nicht zuerkannt, sondern derselbe dem volkwirtschaftlichen Ausschusse zur Begutachtung überwiesen.

Beim Uebergang zur Tagesordnung tritt der Vorsitzende an den früheren Vicepräsidenten Herrmann von München, das Präsidium ab.

Der Berichterstatter des volkwirtschaftlichen Ausschusses Franke aus Schleswig spricht für Annahme des vorgelegten Entwurfs zur Aufhebung der Flußzölle, obgleich eine Minorität, so wie die Herrn Lette aus Berlin, Fallati und Koch ihre präjudiziellen Anträge zur Annahme empfehlen, daß die Bestimmungen für Aufhebung der Flußzölle, seitens der Centralgewalt, baldigst vorgelegt werden mögen.

Mohl aus Stuttgart spricht in der Art zu Gun-

sten des Gesetzentwurfs, daß derselbe nach Angabe des präjudiziellen Antrages von Lette der Centralgewalt zur Behandlung und Vorlage überwiesen werde, denn sonst würde eine Verschiebung ad calendae graecas eintreten; außerdem ist die Einführung eines Rentenhauses nach Angabe des Verfassungsentwurfs in Aussicht gestellt, welches jedoch nur Partikularinteressen verfolgen werde, und dann die Aufhebung der Flußzölle eben so wenig zu erwarten sei, wie man schon seit 800 Jahren vergebens darauf hoffe.

Handelsminister Duckwig findet die Anklage, als begünstige er selbst partikularistische Bestrebungen, für unbegründet, da eben deshalb ein Ministerium des Handels ernannt sei, um über dem Sonderinteresse zu stehen und dieselben zu vereinbaren. — Einen Vorwurf der Saumseligkeit in Ausarbeitung von Vorlagen, könne er auch nicht auf sich beziehen, da er einen Gegenstand stets so schnell als möglich zu erledigen suche, mithin auch ein Gesetz wie das über Aufhebung der Flußzölle nicht liegen bleiben würde.

Obgleich der Vorsitzende gegen den geforderten Schluß der Debatte Einwendung erhebt, um die Begründung anderweitiger Anträge zuzulassen, so will die Versammlung doch nicht darauf eingehen, sondern spricht sich für den Schluß aus. — Der von der Minorität des volkwirtschaftlichen Ausschusses, aus den Herren Reden, Lette, Hollandt, Carl, Gevekoht, Dröge, Schirmeister, Witt bestehend, gestellte Antrag, die Nationalversammlung wolle beschließen, „daß, sobald die über das Flußzollwesen und die Freiheit der Ströme betreffende Bestimmung der Verfassung beschlossenen und dieselbe publicirt sein wird, die Centralgewalt einen Gesetzentwurf zur Ausführung dieser Verfassungsbestimmung für die Reichsgesetzgebung vorzubereiten habe,“ wird verworfen, dagegen der von den Herren Fallati und Koch gestellte angenommen, derselbe lautet: „Die hohe Reichsversammlung wolle beschließen, daß die Centralgewalt aufgefordert werde, die zur Aufhebung der Belastung deutscher Flüsse, so wie zu Sicherung der Erhaltung und Verbesserung der Wasserstraßen in Deutschland erforderlichen Gesetzentwürfe in möglichst kurzer Zeit vorzulegen.“ — Gegen die Art der Abstimmung wird jedoch Protest erhoben, da für jeden besonders namentliche Abstimmung vorbehalten war. Ueber die Zulässigkeit des gefaßten Beschlusses erhebt sich daher eine sehr lange, heftige Debatte, die nicht anders erledigt werden kann, als daß die Versammlung entscheiden solle, ob ein beantragter Zusatz, dahin lautend, daß die Befreiung von Flußzöllen mit dem 1. März 1849 ins Leben zu treten habe, noch zur Abstimmung kommen könne oder nicht, welches mit 229 gegen 194 Stimmen abgelehnt wird. — Zu dem letzten Gegenstande der Tagesordnung, die Berathung des Entwurfs „der Reichstag“ betreffend, hat Wajdorf aus Leichnam in Sachsen, den präjudicirten Antrag gestellt, die Berathung über denselben so lange hinauszuschieben, bis der andere Theil der Verfassung, der von der Exekutivgewalt handle, vorgelegt und berathen sei, weil von der Form dieser Gewalt die Befugnisse abhängig seien, welche auf die Vertagung und Auflösung des Reichstags Bezug haben.

Dahlmann aus Bonn als Berichterstatter des Verfassungsausschusses ist gegen den Antrag, da die Berathung ganz unabhängig von dem Zusammenwirken der Staatsgewalten stattfinden könne, wie dies auch der Brauch bei den vorhergehenden Abschnitten des Verfassungswerkes gezeigt habe; Abänderungen, die später für nöthig erachtet würden, können aber sehr gut bei der zweiten Lesung des Entwurfs eingebracht werden. Das Volk verlange außerdem eine Beschleunigung des Verfassungswerkes, und würde enttäuscht werden, wenn man damit noch länger zögern wolle.

Fröbel aus Rudolstadt ist für den Antrag, da man doch erst wissen müsse, wie die oberste Leitung der exekutiven Gewalt gestaltet sei, um auf praktischem Wege feststellen zu können, wie die Vertretung stattfinden solle.

Wajz aus Göttingen spricht noch gegen den Antrag und Wajdorf für denselben, da nicht der Schlußsatz des Herrn Berichterstatters maßgebend sein könne, denn sonst müßten die schon so lange verschobenen Grundrechte noch früher vorgelegt werden, worauf der Schluß dieser Debatte beantragt und angenommen wird.

Dahlmann beantragt daher, daß wöchentlich zwei Sitzungen für Berathung des Verfassungsentwurfs und zwei für die revidirten Grundrechte verwendet werden mögen, sodann wolle die Nationalversammlung die zweite Lesung des Entwurfs des Reichstages beschließen, und bei Lesung des Artikels III des Entwurfs die Mediatistungsfrage zur Erledigung bringen. Wigard aus Dresden zur Minorität des Verfassungsausschusses gehörend, verlangt, daß die zweite Lesung der Grundrechte zunächst stattfinden solle, oder Falls der Antrag der Majorität angenommen würde, wenigstens die nächste Woche für die Grundrechte verwendet werde.

Langerfeldt ist dagegen, Pataat für den Antrag, denn wenn man wolle, daß die Beschlüsse der Versammlung außerhalb des Hauses geachtet werden sollen, so möge man zuvörderst dafür sorgen, daß man

die getroffenen, selbst in Ansehen erhalte. Für die schnellere Lesung der Grundrechte sprechen aber die zu Folge des Schneerschen und Schoderschen Antrages gefaßten Bestimmungen.

Heisterbergh aus Rheinpreußen verlangt sofortige Berathung der noch nicht zur Diskussion gekommenen Grundrechte.

Eisenstuck wöchentlich eine Sitzung für die noch zur Erledigung zu bringenden Ausschussberichte. Sämmtliche Anträge, mit Ausnahme der von Dahlmann gestellten und des Eisenstuckschen, werden jedoch verworfen, und nur diese genehmigt.

Schluß der Sitzung um 3 1/2 Uhr, die nächste Montag morgen um 9 Uhr.

Frankfurt a. M., 2. Dezember. [Tagesbericht.] Bis jetzt ist Gagern noch nicht zurückgekehrt, obgleich ihn das Gerücht mit jedem Postzuge ankommen läßt. Ueber die Vorschläge, die er nach Berlin mitgenommen haben soll, werden zum Theil so befremdliche Dinge erzählt, daß wir uns bis jetzt geschaut haben, sie weiter zu erzählen. Man hört sie indeß doch schon von den verschiedensten Seiten. Es soll nämlich die Centralgewalt wieder aufgelöst werden und die preussische Staatsregierung vorläufig an ihre Stelle treten. Dafür soll Preußen seine Nationalversammlung vollständig und auf immer auflösen, und die Provinzialstände, nicht in ihrer Vereinigung, sondern getrennt, wieder einberufen. Alle auf Verfassung bezügliche Thätigkeit in den Einzelstaaten soll bis zur Vollendung des deutschen Verfassungswerks suspendirt bleiben. Diesen Vorschlägen soll man in Preußen keineswegs ganz den Rücken gekehrt haben. Der König nur, vom Begriffe des göttlichen Rechts aller Fürsten ausgehend, verlange die ungetheilte Bestimmung der deutschen Souveräne zu dem Plan. Bei diesem letzteren Theil der Erzählung erinnert man sich an den Anzug des 20. März und dann klingt er freilich nicht ganz unwahrscheinlich. — In Betreff der zu suspendirenden Thätigkeit für die Verfassung der Einzelstaaten wären wir auf dem Standpunkte, auf welchen sich Anfangs die linke Seite der Nationalversammlung stellte. In solcher Sprachverwirrung ist einst der Thurm von Babel gescheitert. — Für die Verhandlungen soll in Betreff der verschiedenen Objekte von jetzt an, wie wir hören, eine feste Ordnung eintreten. Wöchentlich würden fünf Sitzungen abgehalten werden, von denen zwei der Vollendung des Verfassungswerks, zwei der Berathung der Grundrechte und eine für Interpellationen, Anträge u. s. w. bestimmt wären. — Aus der Feier, die im Montagstränken wegen Blum's Tod stattgefunden, sind noch die Namen der verschiedenen Abgeordneten, die dort gesprochen, nachzuholen. Es waren Löwe von Kalbe, Giskra und Zimmermann. Löwe bezeichnete in seiner außerordentlich schwingvollen Rede Blum's Leichnam als eine in die slavischen Heerhaufen von den Deutschen hineingeworfene Fahne, die mit einem Kreuzzuge der propagandirenden Civilisation wieder herausgeholt werden müßte. Die Vorträge werden im Druck und Buchhandel erscheinen, indem sie von der stenographischen Kanzlei vollständig notirt sind. Der Erlös ist für Blum's Hinterbliebene bestimmt. — An der Börse war heute fast gar kein Geschäft. Einige Fonds wurden zu etwas höheren Preisen verlangt.

[Dahlmann's Ausschussbericht] über den Abschritt der Verfassung, welcher den Reichstag betrifft, und über welchen in der heutigen Sitzung die Berathung eröffnet wird, ist jetzt erschienen. Demnach wird derselbe aus zwei Häusern bestehen, dem Volkshause und dem Staatenhause. Bei letzterem ist die Zahl der Mitglieder nicht genau nach dem Verhältniß der einzelnen Staaten bestimmt. Der Ausschuss hat die Mediatistungsfrage der ganz kleinen Staaten abgelehnt, schon weil die Bevölkerung dieser Ländchen sie nicht wünscht, dagegen wollte er anfangs sie von der Beschickung des Staatenhauses ausschließen, hat jedoch später dafür gestimmt, sie bei den Wahlen mit größeren Staatenkomplexen zusammenzuschlagen. Das Volkshaus soll aus 450, das Staatenhaus aus 150 bis 200 bestehen. Das Letztere darf von der Regierung nicht aufgelöst werden. Der Bericht geht sodann dazu über, auseinander zu setzen, zu was jedes einzelne Haus für sich berechtigt ist, und wo Beide übereinstimmen müssen, ehe die Regierung eine Maßregel ausführen dürfe. (F. J.)

\* Wir erhalten folgende Ansprache: „An das deutsche Volk.“ Das Bedürfnis nach Einigung thut sich überall in dem Volke kund. Durch die erschütternden Ereignisse der jüngsten Zeit durch die Vorgänge in Wien und Berlin sehen wir die Errungenschaften der deutschen Revolution in Frage gestellt. Der Feind, den man besiegte glaubte, mag es aufs Neue sein Haupt zu erheben. Die Freiheit und das Recht des Volkes sind in Gefahr, verkümmert, vernichtet zu werden. — Arbeit und Handel, öffentlicher und Privatcredit, trachten vergebens nach Gedröhen, so

(Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung)

lange sie von den Wüthereien einer freiheitsfeindlichen und gewalthätigen Partei bedroht werden. — Noch ist es Zeit, diese Gefahren auf friedlichem Wege durch gesetzliche Mittel abzuwenden. Es bedarf aber zu diesem Zwecke einer großartigen Vereinigung aller Bürger des gemeinsamen Vaterlandes, welche die Freiheit und Einheit Deutschlands wirklich wollen. — Wir haben zu diesem gemeinsamen Handeln nach den beigefügten Grundföhen einen Verein gebildet. Wir verhehlen nicht, daß wir in einzelnen Punkten verschiedener Ansicht sind; die Einen sind Anhänger der konstitutionellen Monarchie, die Andern der Republik. Wir alle aber vereinigen uns zu dem gemeinsamen Zwecke, die demokratischen Grundlagen aller Verfassungen, die Freiheit und die unveräußerlichen Rechte des Volkes in gesetzlicher Weise zu erzielen und sicher zu stellen. Wir fordern Alle, welche gleichen Zweck mit uns haben, auf sich uns anzuschließen und über dem gemeinsamen näher liegenden Ziele die entfernteren Punkte ihres Strebens hintanzusetzen. — Unsere Zersplitterung hat unseren Feinden die Waffe wieder in die Hand gegeben, welche ihnen entronnen war — vereinigt werden wir auf's Neue feigreich sein!

Programm des März-Vereins.

Wir wollen die Einheit Deutschlands; wir wollen, daß die Freiheit als das natürliche Eigenthum der Nation anerkannt werde, nicht als ein Geschenk oder eine Gabe, die ihm nach Belieben von irgend einer Seite zugewiesen wird; wir wollen, daß die Nation die Einschränkungen dieser Freiheit selbst bestimmt und sich nicht aufdrängen läßt, daß aber ein Jeder sich diesen Einschränkungen zu unterwerfen hat; wir wollen die Berechtigung für das Gesamtvolk, wie für das Volk eines jeden einzelnen Landes, sich seine Regierungsform selbst festzusetzen und einzurichten, zu verbessern und umzugestalten, wie es ihm zweckdienlich erscheint, weil jede Regierung nur um des Volkswillens und durch seinen Willen da ist; wir wollen, daß die Verfassungen, welche der Gesamtnation und die einzelnen deutschen Staaten sich geben, Bestimmungen enthalten, nach denen sie auf friedlichem, gesetzlichem Wege geändert und verbessert werden können; wir wollen, daß die auf solcher Grundlage errichteten Verfassungen von dem Gesamtstaate garantiert werden; damit auf diese Art die Revolution zu Ende gebracht und ein dauernder Zustand der Gerechtigkeit, des Friedens und der Wohlfahrt der deutschen Nation und der einzelnen deutschen Völkstämme gesichert werde.

Organisation des Gesamt-Vereins.

1) Der aus Deputirten zur deutschen Nationalversammlung bestehende Verein bildet den Centralverein. 2) Er hat die Verpflichtung, die übrigen Vereine von benachbarten Staaten, deren Vornahme er für zweckmäßig hält, in Kenntniß zu setzen. 3) Um dies zu ermöglichen, wählt jeder einzelne Zweigverein einen Ausschuss, welcher die Geschäfte des Zweigvereins verwaltet und ihn nach Außen vertritt. 4) In den größeren Staaten Deutschlands — Oesterreich, Preußen und Baiern — vereinigen sich die Zweigvereine jeder Provinz, in den übrigen deutschen Einzelstaaten die des ganzen Landes unter einem Centralauschuss, welcher regelmäßig die Vermittelung der Correspondenz mit dem Centralverein übernimmt. 5) Die Art und Weise der Errichtung des Centralauschusses bleibt dem jedesmaligen Ermessen der einzelnen unter ihm zu vereinigenden Zweigvereine überlassen. So lange ein Centralauschuss noch nicht konstituirte ist, übernimmt der Ausschuss des Zweigvereins der Hauptstadt des Landes, beziehentlich der Provinz, die Beforgung der Geschäfte desselben. 6) In den Ländern, in denen neben einander verschiedenartige Vereine bestehen, welche ihren Beitritt erklären wollen, bleibt es denselben unbenommen, neben einander fortzubestehen, in dem Maße, daß jede Klasse von Vereinen sich hundert einem eigenen Centralauschuss vereinigt. 7) Jeder Centralauschuss zeigt sobald als möglich dem Centralverein an, wie groß die Zahl der unter ihm vereinigten Zweigvereine ist, und welche von den in seinem Kreise erscheinenden Zeitchriften sich zur Aufnahme der von dem Centralverein ausgehenden Artikel eignen. 8) Der Centralverein läßt von den lediglich für die Vereine bestimmten Mittheilungen jedem Centralauschuss so viel lithographirte Exemplare als unter ihm Zweigvereine befehlen, zum Behufe der Mittheilung an letztere zugehen. 9) Es wird darauf von dem Centralauschuss lediglich der auf ihn fallende Antheil der Kosten für die Lithographien selbst entrichtet, wogegen der Centralverein alle Bureaulasten übernimmt. 10) Artikel, deren Verbreitung in den Zeitchriften der Centralvereine beschließt, werden den einzelnen, von den Centralauschüssen namhaft gemachten Zeitchriften, ebenfalls in lithographirten Exemplaren und gegen Erlegung der Kosten für die Lithographien gesendet.

Frankfurt im November 1848

Der Vorstand:

v. Trütschler, Ravear, Eisenmann.

Die Schriftführer:

Max Simon, Kaus, Besendonk.

Karlsruhe, 29. Novbr. In Konstanz ist es, wie wir schon erfahren, zu unruhigen Aufsitzen gekommen, deren nächste Veranlassung in dem eben stattfindenden Jahrmarkt zu suchen ist. Die mehrere Stunden entfernt liegenden Würtemberger, welche man auf Wagen herbeiholt, schlichteten schnell die Unordnung. (Mannh. Z.)

Meine Mittheilung vom 27. d. M. wegen eines neuen Freischaaren-Einfalls bei Lörrach hat sich nicht bestätigt. Das Gerücht hatte jedoch leicht Glauben gefunden, weil schon mehrere Tage vorher eine lebhaftere Bewegung unter den Flüchtlingen auf der ganzen Schweizer-Grenze bemerkt worden und bei den verschiedenen diesseitigen Truppenabtheilungen in der That irgend ein Handstreich erwartet wurde. Daher kam

es auch, daß einzelne Punkte, wie Konstanz, Verstärkung erhielten und die Bewachung der Grenze mit sichtbarer Vorsicht angeordnet wurde. Es ist bemerkenswerth, wie genau die Flüchtlinge von allen Bewegungen der deutschen Demokraten unterrichtet sind, und meist zum Voraus wissen, wenn es da oder dort losgehen soll, oder wirklich losgeht. Dabei werden die mannigfaltigsten Gerüchte verbreitet, welche das Volk in Spannung und Aufregung erhalten. — Ueber Straue erfährt man, daß er sich mit dem angestrengtesten Fleiß mit der Bearbeitung einer allgemeinen Gesellschaft beschäftigt und zu dem Ende mit allen Hülfsmitteln versehen wird, die er wünscht. Er ist in seinem Gefängnis mit ganzen Stößen von Büchern umgeben. Nebenbei correspondirt er fleißig mit seiner Frau, welche in Freiburg gefangen ist. (S. 3.)

Dormstadt, 30. Nov. [Reichstruppen.] Das von hier verlegte 2. Regiment ist nach dem Ehrenbreitstein bestimmt, da die preussischen Truppen als mobile Kolonnen verwendet werden müssen. Es erfährt seine Bestimmung erst in Bittel, im Augenblicke des Abmarsches. Die Offiziere sollen hier am Abend vor dem Abmarsche verpflichtet worden sein, nicht von demselben zu sprechen. Herr Pucker war am Morgen des Abmarsches hier und hielt eine Rede an die Soldaten, in welcher er ihnen für die nächste Gelegenheit ein strenges Verfahren in Aussicht stellte. (N. D. Z.)

Aus Thüringen, 28. Nov. [Beschlüsse.] Die konstituierende Ständeversammlung des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt hat in ihrer 24. Sitzung, den 28. November, folgenden Beschluß gefaßt: § 1. Der bisherige Adelstand ist mit seinen Vorrechten abgeschafft. § 2. Der Staat kennt keine Adelstitel mehr. § 3. Alle zum Besten des Adels etwas Besonderes verordnenden gesetzlichen oberverordnungsrechtlichen Bestimmungen sind aufgehoben. (S. 3.)

Oesterreich.

N. B. Wien, 5. Dezbr. [Tagesbericht.] Die historischen Ereignisse, welche den gestrigen Tag bezeichnen, sind in diesem Augenblicke durch die bereits veröffentlichten Details hinreichend bekannt. Nur um den Faden der Begebenheiten zu verfolgen, recapituliren wir den vorletzten Akt der Regierung des Kaisers Ferdinand, nämlich die Erklärung der Minderjährigkeit des jetzigen (18jährigen) Kaisers, und die ersten Akte, welche dem Regierungsantritte des letztern folgen. — Diese sind: Bestätigung des jetzigen Ministeriums. Ernennung des Baron Culmer als neuen Minister ohne Portefeuille. Begrüßung des Reichstags in Kremsier und ergangene Aufforderung an denselben zur Vollendung des Verfassungs-Werkes. Jellachich ist nicht nur in seiner früheren Würde bestätigt, sondern auch zum Civil- und Militär-Gouverneur von Dalmatien und Triume ernannt worden. Baron Culmer ist Croate, und man betrachtet die Ernennung als eine der kroatisch-serbischen Partei gemachte Konzession. Er ist bereits in Kremsier angelangt. — Der alte Hof ist bereits nach Prag abgereist, wo er seinen Wohnsitz bleibend aufzuschlagen gedenkt. — C.-H. Franz Karl und C.-H. Sophie sammt Familie begeben sich morgen nach München, und auch die übrigen Mitglieder der kaiserl. Familie sollen sich auf Reisen begeben. Man versichert, daß hiedurch dem bestimmt ausgesprochenen Wunsch des jungen Kaisers willfahren werde, da er frei von allen Einflüssen beim Antritte seiner Regierung erscheinen wolle. Zur genaueren Ermittlung der hierauf bezüglichen Ansichten ist es jedoch notwendig, die Personen des neu zu bildenden Hofstaates zu kennen. Der junge Kaiser hat eine sehr sorgfältige Erziehung erhalten und viele Zweige des Wissens mit großer Lernbegierde aufgesaßt. Insbesondere hat derselbe ein ausgezeichnetes Sprachtalent und eine vorherrschende Neigung für militärische Gegenstände entwickelt. Auch hat er den Dienst in den verschiedensten Militärbranchen von der Pike auf praktisch mitgemacht, wie man überhaupt bemüht war, ihm von frühester Jugend das Leben in den verschiedensten Beziehungen kennen zu lehren. Hieraus und aus dem vorwaltenden Einflusse, welchen sowohl seine militärische Umgebung, als seine geistvolle Mutter auf seine Erziehung nahm, läßt sich folgern, daß Jener seines gewesenen Vaters, Bombelles, weder ein sehr bedeutender, noch ein sehr nachhaltiger gewesen. — Eine Amnestie erscheint in gewisser Aussicht. — Man versichert, daß der Reichstag demnächst nach Wien verlegt werden wird. Dennoch erscheint eine baldige Beendigung des Belagerungszustandes zweifelhaft und für den Augenblick wird derselbe in manchen Stücken sogar strenger eingehalten. — Die Besatzung Wiens beträgt für jetzt etwa 20,000 Mann mit 36 Geschützen. — Gegen Ungarn ist eine Heeresmacht von 150,000 M. aufgeboten. — Die Hoffnungen auf eine friedliche Ausgleichung mit diesem Lande sind nach zuverlässigen Nachrichten unbegründet. Vielmehr wird der ernstlichste Angriff sogleich nach des jungen Kaisers Hieherkunft beginnen. Diese wird in einigen Tagen erfolgen, die hier konzentrirten Truppen werden den neuen Fahneneid schwören, der Kaiser dieselben in großer Revue passieren lassen und hierauf wieder nach Olmütz zurückkehren. Fürst Windischgrätz aber wird hier verweilen und hat das Kommando bereits dem Feldmarschall-Lieutenant Baron Gruber übertragen. — Die Börse hat sich besonnen und die gestrigen Ereignisse durch höhere Course zum Besten ausgelegt, allein die Umsätze sind sehr beschränkt. — Eine zahlreiche Deputation ist gestern von Kremsier nach Olmütz und Prag abgegangen.

gen auf eine friedliche Ausgleichung mit diesem Lande sind nach zuverlässigen Nachrichten unbegründet. Vielmehr wird der ernstlichste Angriff sogleich nach des jungen Kaisers Hieherkunft beginnen. Diese wird in einigen Tagen erfolgen, die hier konzentrirten Truppen werden den neuen Fahneneid schwören, der Kaiser dieselben in großer Revue passieren lassen und hierauf wieder nach Olmütz zurückkehren. Fürst Windischgrätz aber wird hier verweilen und hat das Kommando bereits dem Feldmarschall-Lieutenant Baron Gruber übertragen. — Die Börse hat sich besonnen und die gestrigen Ereignisse durch höhere Course zum Besten ausgelegt, allein die Umsätze sind sehr beschränkt. — Eine zahlreiche Deputation ist gestern von Kremsier nach Olmütz und Prag abgegangen.

\* Olmütz, 3. Dezbr. [Aktenstücke.] Zur Ergänzung der gestern mitgetheilten Manifeste, die Niederlegung der Krone von Seiten Ferdinands I. zu Gunsten seines Neffen, theilen wir nachstehende Aktenstücke vollständig mit:

1) Protokoll.

Im Namen der heiligsten Dreieinigkeit. Am zweiten Tage des Monats Dezember im Jahre Eintausend Achtzehnhundert vierzig Acht, haben sich über Befehl Sr. regierenden Majestät, des Allerhöchstdurchlauchtigsten Kaisers und Königs, Ferdinand des Ersten, in Krönungssaale der fürst-erzbischöflichen Residenz in der königlichen Hauptstadt Olmütz die in der genannten königl. Hauptstadt anwesenden Glieder des durchlauchtigsten Erzhauses Oesterreich, und zwar:

- Sr. kaiserliche Hoheit der durchlauchtigste Erzherzog Franz Karl und
- Ihre kaiserliche Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie;
- Sr. kaiserliche Hoheit der durchlauchtigste Erzherzog Franz Joseph;
- Ihre kaiserlichen Hoheiten, die Erzherzoge Ferdinand Maximilian, Karl, Karl Ferdinand, Karl Wilhelm und Joseph;
- Ihre kaiserliche Hoheit die verwitwete Frau Erzherzogin Maria Dorothea;
- Ihre kaiserliche Hoheit die Frau Erzherzogin Elisabeth und Höchster Gemahl Sr. königliche Hoheit der durchlauchtigste Erzherzog Victor, dann
- Sr. Durchlaucht Feldmarschall Fürst v. Windischgrätz; Feldmarschall-Lieutenant Freiherr v. Jellaich, Banus von Croatien, und General-Major Sr. v. Grüne, Obersthofmeister Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Franz Joseph; ferner:

- die Mitglieder des Ministerrathes:
- Felix Fürst zu Schwarzenberg, Feldmarschall-Lieutenant, Minister-Präsident, dann Minister des Aeußeren und des Hauses;
- Franz Graf zu Stadion, Minister des Innern und des Unterrichts;
- Dr. Alexander Bach, Minister der Justiz;
- General-Major Franz Freiherr v. Gordan, Minister des Krieges;
- Philipp Freiherr v. Krauss, Minister der Finanzen;
- Carl Ludwig Ritter v. Bruck, Minister des Handels und der öffentlichen Bauten;
- Ferdinand, Graf Herr v. Thienfeld, Minister für Landeskultur und Bergwesen.

vereinsamelt, und nachdem Sr. kaiserliche Majestät der allerhöchstdurchlauchtigsten Kaiser und Königin, Ferdinand der Erste, in Begleitung Allerhöchster durchlauchtigster Gemahlin, Ihrer Majestät der regierenden Kaiserin und Königin, Maria Anna, unter Vortritt Allerhöchstherrn General-Adjutanten Joseph Fürsten zu Lobkowitz, und gefolgt von dem Obersthofmarschall, Landgrafen v. Fürstenberg, und der Obersthofmeisterin Landgräfin v. Fürstenberg, im Saale erschienen waren, dem nachstehend bezeugten Akte beigewohnt, wobei über Auftrag des Ministers des Hauses der k. Legationsrath Alexander Häbner als Protokollführer fungirt hat.

Sr. Majestät der Kaiser und Königin geruhen vorerst der Versammlung zu eröffnen, daß wichtige Gründe Allerhöchstdieselben zu dem unüberwindlichen Entschlusse gebracht haben, die Kaiserkrone niederzulegen und zwar zu Gunsten Allerhöchstherrn geliebten Neffen, des durchlauchtigsten Erzherzogs Franz Joseph, Höchstseligen Sie für großjährig erklärt haben, nachdem Allerhöchst Ihr geliebter Herr Bruder, der durchlauchtigste Erzherzog Franz Karl, Höchstseligen Vater, erklärt haben, auf das Ihnen nach dem bestehenden Hause- und Staatsgesetze zustehende Recht der Thronfolge zu Gunsten Höchstseligen vorgenannten Sohnes unvordenklich zu verzichten. Sr. kaiserliche Majestät Ferdinands hienach den Minister-Präsidenten und Minister des kaiserlichen Hauses auf, die diesfälligen Akte vorzulegen.

Diese Akte lauten wie folgt: Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich etc. etc.

erklären hiermit und thun kund, wieauch Wir durch vielfältige Beweise zur Ueberzeugung gelangt sind, daß Unser geliebter Neffe, der durchlauchtigste Erzherzog Franz Joseph sich der vollkommenen Reife des Verstandes erst unversehrt, daß Wir Uns in Anbetrachtung der Uns nach Unserm Hause- und Staatsgesetze als Souverain und Familien-Oberhaupt zustehenden Befugnisse bewogen haben, Höchstseligen hienach für volljährig zu erklären, zu welchem Ende Wir gegenwärtige Akte Höchstseligenhändig unterzeichnet und von dem Minister Unseres Hauses haben gegenzeichnen lassen.

So gegeben in Unserer königlichen Hauptstadt Olmütz am 1. Dezember im Eintausend Achtzehnhundert und Acht und vierzigsten, Unserer Reiche dem vierzehnten Jahre. gr. Ferdinand. gr. Schwarzenberg.

Ich Franz Karl, kaiserlicher Prinz und Erzherzog von Oesterreich, königlicher Prinz von Ungarn und Böhmen, erkläre hiermit, wienach Sr. Majestät Unser allergnädigster Kaiser und Herr, Ferdinand der Erste, Mein geliebtester Bruder, Mir eröffnet, daß Allerhöchstdieselben aus wichtigen Gründen die Absicht hegen, die Krone des Kaiserthums Oesterreich und der sämtlichen zu demselben gehörigen Königreiche und sonstigen wie immer benannten Kronländer niederzulegen, beziehungsweise zu Gunsten Allerhöchst Ihres legitimen Thronfolgers zu verzichten.

Obgleich Ich nun hiernach in Gemäßheit der in Unserem Erzhaufe geltenden Thronfolgeordnung zum unmittelbaren Antritte der österreichischen Kaiserkrone berufen wäre, so habe Ich doch nach reiflichster Ueberlegung den Entschluß gefaßt und erkläre hiermit, auf Mein angeordnetes Nachfolgerecht unwiderruflich zu Gunsten Meines erstgeborenen, nach Mir zur Nachfolge berufenen Sohnes, Seiner Liebden, des durchlauchtigsten Erzherzogs Franz Joseph und der nach ihm zur Thronfolge berechtigten Nachfolger zu verzichten, und willige ein, daß die Krone des Kaiserthums Oesterreich und aller unter derselben vereinigten Königreiche und sonstigen wie immer benannten Kronländer für den Fall der Abdankung Seiner Majestät des regierenden Kaisers und Königs Ferdinand des Ersten nun unmittelbar an diesen Meinen geliebten Sohn übergehe. So geschehen in der kaiserlichen Hauptstadt Wien am 1. Dezember.

93. Franz Karl.

Schwarzenberg.

Wir Ferdinand der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich &c. &c. erklären hiermit und thun kund, daß wichtige Gründe nach reiflicher Ueberlegung Uns zu dem unwiderruflichen Entschlusse bestimmen, die Kaiserkrone niederzulegen.

Wir entsagen demnach durch gegenwärtigen Akt feierlich der von Uns bisher zur Wohlfahrt Unserer geliebten Völker getragenen Krone des Kaiserthums Oesterreich und der sämtlichen unter derselben vereinigten Königreiche und sonstigen wie immer benannten Kronländer und zwar zu Gunsten Unseres geliebten Neffen Seiner Liebden, des durchlauchtigsten Erzherzogs Franz Joseph und der nach ihm zur Thronfolge berechtigten Nachfolger, nachdem Unser geliebter Bruder, Seiner Liebden der durchlauchtigste Erzherzog Franz Karl auf das Höchstmögliche in Gemäßheit der in Unserem kaiserlichen Erzhaufe geltenden Thronfolgeordnung nach Uns zuzehörende Recht der Thronfolge laut der Uns behändigten durch die Mitunterzeichnung Unserer gegenwärtigen Abdankungsakte neulich bekräftigten Verzichtserklärung freiwillig zu Gunsten Höchst Ihres Sohnes, Unseres geliebten Neffen des durchlauchtigsten Erzherzogs Franz Joseph, und der nach ihm zur Thronfolge berechtigten Nachfolger Verzicht geleistet haben.

Zur feierlichen Verkündung dessen haben Wir diese Akte unter Beistand Unseres durchlauchtigsten Herrn Bruders in Gegenwart der in Unserem kaiserlichen Hoflager anwesenden Glieder Unseres Kaiserl. Hauses und Unseres Ministerialrathes Höchst eigenhändig unterzeichnet und von dem Minister Unseres Hauses gegenzeichnen und mit Unserem kaiserl. Inseigel versehen lassen.

So gegeben in Unserer kaiserl. Hauptstadt Wien am zweiten Tage des Monats Dezember im Eintausend Acht-hundert Acht und Vierzigsten, Unserer Reihe im vierzehnten Jahre.

93. Ferdinand.  
93. Franz Karl.  
93. Schwarzenberg.

Nach geschehener Beurteilung wurde die Akte über die Abdankung Sr. Majestät von Allerhöchstdieselben und von Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzoge Franz Karl unterzeichnet, und von dem Minister des Hauses gegenzeichnet, sämtliche Akte aber dem Minister des Hauses zur weiteren Verfügung behändiget.

Hierauf wurden Sr. kaiserl. Hoheit der durchlauchtigste Erzherzog Franz Joseph von Sr. Majestät dem Allerhöchstdieselben Kaiser Ferdinand dem Ersten, als Höchstbesten legitimen Nachfolger feierlich begrüßt und als Kaiser und König unter dem Namen Franz Joseph des Ersten proklamiert.

So geschehen im Krönungs-Saale der fürstlich-bischöflichen Residenz in der kaiserl. Hauptstadt Wien am Eingangsgesetzten Tage und Jahre.

- In Gegenwart von:  
93. Maria Anna.  
93. Franz Karl.  
93. Sophie.  
93. Ferdinand Maximilian.  
93. Karl.  
93. Karl Ferdinand.  
93. Karl Wilhelm.  
93. Joseph.  
93. Maria Dorothea.  
93. Elisabeth.  
93. Ferdinand Este.

- Alfred Fürst zu Wintzschlagrad.  
Joh. Baron Zellachy.  
Friedr. Landgraf Fürstenberg.  
Landgräfin Fürstenberg.  
Fürst Jos. Lobkowitz.  
Karl Graf Grünne.
- Felix Fürst Schwarzenberg.  
Franz Graf Stadion.  
Alexander Bach.  
Philipp Freyh. v. Kraus.  
Franz Freyh. v. Gordon.  
G. Ritter v. Brud.  
Ferdinand Ritter von Thienfeld.  
Alexander Hübner.

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich &c. &c. ertheilen dem konstituierenden Reichstage in Krämmer Unserer kaiserlichen Gräf und thun kund, wienach Wir, nachdem Unser durchlauchtigster Herr Oheim, Sr. Majestät Kaiser Ferdinand I. dem Thron insagte und Unser durchlauchtigster Herr Vater, Sr. kaiserl. Hoheit Erzherzog Franz Karl, auf die Nachfolge verzichtet, den Thron Unserer Väter bestiegen haben. Es ist Unser lebhafter Wunsch, daß das Verfassungswerk sobald als möglich zu Stande gebracht werde, und wir rechnen hierbei auf den einflussvollen Beistand und patriotischen Eifer des Reichstages.

Wir haben das von Unserem durchlauchtigsten Oheim ernannte Ministerium im Amte bestätigt, und beauftragt, die auf Unserer Regierungsantritt bezüglichen Urkunden dem Reichstage vorzulegen, welchen Wir hiermit Unserer kaiserl. Huld und Gewogenheit versichern.

Gegeben in Unserer kaiserlichen Hauptstadt Wien am 2. Dezember 1848.

93. Franz Joseph.

Schwarzenberg.

3) Mein lieber Fürst Schwarzenberg! Ich sinte Mich bewogen, das bestehende Ministerium in seiner Amtsführung zu bestätigen und erwarde von demselben, daß es mit gleicher Thätigkeit und Treue, wie bisher, seine Verpflichtungen erfüllen werde, wovon Sie die Minister zu versichern haben.

Wien den 2. Dezember 1848.

93. Franz Joseph.

F. Schwarzenberg.

4) Mein lieber Fürst Schwarzenberg! Ich habe Mich bewogen gefunden, den Baron Kulmer zum Minister ohne Portefeuille mit Stimm und Stimme im Ministerrath zu ernennen.

Wien den 2. Dezember 1848.

93. Franz Joseph.

F. Schwarzenberg.

J. Prag, 3. Dezbr. Der Kaiser ist hier! Gestern um halb 12 Uhr Nachts kam er mit dem Nachzuge von Olmütz an, nachdem erst um 10 Uhr diese Nachricht von dort aus an unsere Civil- und Militärbehörden telegraphirt worden war. Präsident Mesery und General Khevenhiller nebst in Eile zusammenberufenen Gefolge empfingen ihn im Bahnhofe, wo so wenig Anstalten zu seinem Empfange getroffen waren, daß die Hofdamen mehr als eine Stunde warten mußten, bis die Wagen kamen. Auch die Kaiserin ist hier. Heute erfahren wir, daß er und Franz Karl zu Gunsten des künftigen Thronfolgers Franz Josef abgedankt haben, und zwar in Folge einer langen nächtlichen Berathung mit Windischgrätz und Jellachich. Keine Freude hat hier die Ankunft der Majestäten hervorgerufen. Man steht besorgte Gesichter und neugierige Gruppen, welche sich diese unerwartete Nachricht erzählen. Was wird aus den Erwartungen sein? warum hat er abgedankt? dies sind die gewichtigen Fragen. Viel erwartet man von dem Sohne Sophiens, dem Fözlunge Bombelle's nicht, um so weniger, als der Prinz mit Leib und Seele Soldat sein soll. Die Majestäten bewohnen das Grabschiner Schloß, vor wenigen Wochen noch Windischgrätz's Residenz und Kaserne. Reisende, welche mit eben dem Train ankamen, berichten von einer Schlacht bei Göding, an der mährisch-ungarischen Gränze, welche 7 Stunden gedauert habe; jedoch wußten sie nichts genaueres. In der Nacht ist wieder von hier Militär nach Mähren aufgebrochen.

\* Wien, 4. Dez. [Aus Stebenbürgen] bringen die neuesten Berichte v. 26. v. M. die wichtige Nachricht, daß sich Klausenburg, die 2. Hauptstadt des Großfürstenthums an die kaiserliche Armee ergeben hat. Mit Ausnahme der Szekler haben sich nun alle Volkstämme für die kaiserliche Sache erklärt.

U n g a r n.

† Von der polnischen Grenze, 4. Dezember. [Die Escherkessen. — Keine Russen.] Was die am 26. v. Monats in Ostrowo angelangten vier Escherkessen betrifft, so wurden solche, in Folge Requisition, am andern Tage unter Eskorte von 20 Mann Mannen bis an die Grenze gebracht, wo eine ähnlich stark besetzte Abtheilung sie in Empfang nahm und nach Kaschau transportierte. Man gewährte ihnen, was mit der Angabe der Gefangenen sonderbar übereinstimmte, hinlängliche Freiheit und man bahnigte sich, eine abermalige Flucht dadurch unmöglich zu machen, daß sie auf die Hauptwache gebracht wurden. Als aber kurz darauf aus Warschau, wohin man den Vorfall berichtet, die Nachricht einging, zwei von ihnen hätten sich bei der dort vorgekommenen Ermordung einer Frau betheiltigt und dieserhalb in der Flucht ihre Rettung gesucht, so wurden sie sofort in Ketten gelegt. — Von Zusammenziehungen russischer Truppen, wovon die Zeitungen wieder Berichte bringen, ist in und um Kaschau nichts zu sehen, noch zu hören.

F r a n k r e i c h.

Paris, 30. Nov. [Nationalversammlung.] Sitzung vom 30. November. Im Verlauf der Debatte über die römischen Angelegenheiten bemerkte der Minister des Innern, Herr Dufaure, die Regierung habe, als sie die Nachrichten vom 16. und 17. empfing, nicht voraussehen können, daß sich Tages darauf eine Art von Ordnung herstellen werde. Sie hätte vielmehr nach dem Inhalte der drei Depeschen ihres Gesandten in Rom (der Redner verlas dieselben) befürchten müssen, daß die Herrschaft der Gewaltthat, unter welcher der Papst stand, fortbauern und zunehmen werde. Man sage, die Regierung hätte die Nationalversammlung zu Rathe ziehen sollen, weil sie ohne diese nicht Krieg erklären dürfe. Ob sie denn aber den Krieg erklärt habe? Hierin liege die ganze Frage. Die Wirksamkeit der Regierung würde null sein, wenn sie nicht in dringenden Fällen berechtigt sei, eine Maßregel, wie die angeordnete, zu ergreifen. Sie habe ein Geschwader und Soldaten vor Civitavecchia und einen außerordentlichen Gesandten nach Rom geschickt; dies sei Alles. Die Verhaltensbefehle des Gesandten seien der Art, daß er nichts ohne Ermächtigung der Versammlung thun könne. Er sei beauftragt, für die Sicherheit des Papstes zu sorgen, und nur innerhalb der Gränzen dieser Aufgabe könne er die ihm zur Verfügung gestellten Truppen gebrauchen. Ob man darin auch nur irgend mit Grund eine Kriegserklärung sehe und gegen wen? Hätte die Regierung abwartend den

rechten Augenblick vorübergehen lassen und die Sicherheit des Papstes gefährdet, so würde man das Zögern der Versammlung ihr zum Verbrechen gemacht haben. Sie habe daher gehandelt, in der Absicht, Tages darauf die Versammlung von dem, was sie gethan und was keineswegs unwiderruflich sei, zu unterrichten. Noch erklärte der Minister auf Befragen, daß die Schiffe mit den Truppen in diesem Augenblicke schwerlich schon von Marseille abgefahren sein würden. Was den Bereich des Einschreitens betreffe, so werde die Regierung nicht so weit gehen; als Herr v. Montalembert behre; sie werde die Freiheit des Papstes schützen, aber nicht für den ersten in seinen Staaten einschreiten. Bei den ersten Reformen des Papstes habe sie ihn gegen jedes Einschreiten vertheidigt; sie denke daher jetzt nicht ihrerseits an Aufröthigung einer Intervention, und die Versammlung werde in dieser Beziehung zu entscheiden haben. Die Bergpartei hatte folgende Fassung einer motivirten Tagesordnung vorgeschlagen: „In Betrach, daß die Exekutivgewalt durch Absendung besser bewaffneter Mannschaften sich, ohne die Nationalversammlung vorher zu fragen, zwischen Papst und römisches Volk gestellt und somit ihre Vollmachten überschritten hat, drückt die Nationalversammlung ihren Tadel aus und geht zur Tagesordnung über.“ Diese wurde verworfen. Virio und Repellin schlugen Fassungen in milderem Sinne vor, die ebenfalls durchfielen. Die Versammlung entschied sich endlich für die von Herrn v. Trevenenc beantragte Fassung, welche lautete: „Die Nationalversammlung geht, indem sie die von der Regierung zur Sicherheit des heiligen Vaters getroffenen Maßregeln billigt und sich ihre Entscheidung über spätere und noch unvorhergesehene Thatfachen vorbehält, zur Tagesordnung über.“ Diese Fassung wurde (wie schon erwähnt) mit 480 gegen 63 Stimmen angenommen.

[Sitzung vom 1. Dez. Anfang 1 1/2 Uhr.] Präsident Marrast. An der Tagesordnung ist das rektifizierte Budget von 1848. Inmitten der Budgetdebatte erscheint Cavaignac. Er steigt auf die Tribüne und sagt: Bürger Repräsentanten! Die Regierung hat so eben folgende Depesche erhalten: „Marseille, 28. November, 6 Uhr. Aus Civitavecchia vom 24. November, 3 Uhr Nachts. Der französische Konsul an den Minister des Auswärtigen in Paris. Der Papst ist plötzlich am 24. November 6 Uhr Abends von Rom abgereist. Er hat sich auf dem „Tenare“ eingeschifft und begiebt sich nach Frankreich. Rom ist ruhig und indifferent.“ (Sensation.) Die Versammlung nimmt die Budgetdebatte wieder auf. (Hier tritt eine neue Unterbrechung ein.) Vivien, Minister der öffentlichen Arbeiten, zeigt im Namen des Ministeriums an, daß Bürger Freslon, Unterrichts- und Kultusminister, nach Marseille abgeschickt worden, um Pius IX. zu empfangen, der von Rom sich nach Gaeta (auf neapolitanisches Gebiet) geflüchtet und die Absicht zu erkennen gegeben habe, nach Frankreich zu kommen. Der „Tenare“ habe ihn dort aufgenommen und nach Marseille gebracht. Die Sitzung wird um 6 Uhr geschlossen.

I t a l i e n.

[Der Papst.] Das Gerücht, daß der Papst aus Rom entfliehen wollte, ist vielleicht nicht ganz ungegründet gewesen. Daß er sich wie ein Gefangener fühle, geben fast alle italienischen Blätter an. Sie legen ihm die Worte in den Mund: „Da er gezwungen gewesen, seine Wache fortzuführen und andere Personen für sie einzustellen, so sei er wie konfinirt. Er habe bei seinem Benehmen und seiner vertheidigungslosen Stellung keinen anderen Zweck als den, mit allen möglichen Mitteln zu verhindern, daß Bruderblut fließe. Diesem Grundsatze müsse Alles weichen, aber er müsse vor Europa und der Welt sagen, daß er durchaus nicht, auch nicht einmal dem Namen nach, Theil an den Regierungshandlungen nehme, daß er diesen fremd bleibe und durchaus verboten habe, daß auch die gewöhnliche Formel: „nach eingeholtem Willen Sr. Heiligkeit“ gebraucht werde.“ — Die Kardinalen sind größtentheils geflohen. Mehrere haben, wie es scheint, ihren Weg nach Neapel und von da wahrscheinlich nach Malta genommen. Das Abschließen der Kanone auf das Thor des Quirinals hat ein gewisser Lore verhindert, indem er sich vor die Mündung stellte und den Fürsten von Canino, der diesen Scandal eifrig betrieb, mit derben Ausdrücken zuwies. Dieser war in schwarzem Frack, mit einem Pallasch an der Seite und einer Muskete auf der Schulter als Charaktermaske der Revolution von 1793 erschienen und hatte sich an den Unordnungen mit besonderer Lust betheiltigt. (N. 3.)

L o k a l e s u n d P r o v i n z i e l l e s.

\*\* Breslauer Kommunal-Angelegenheiten. Breslau, 5. Dezbr. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Antrag des Magistrats \*) Eine in Paris eingetroffene telegraphische Depesche meldet: daß der Papst wirklich am 24. November geflohen sei. (S. Paris.) Red.

die städtische Schulverwaltung pro 1848 auszufegen, genehmigt, eben so der Antrag der Sicherungs-Deputation, daß zur Erhebung von noch 15,000 Rthl. zur Brandschaden-Bonifikation auf je 100 Rthl. Grundbesitz 2 Sgr. ausgeschrieben werden sollen. Der Einzahlungsstermin wird zum 1. Januar festgesetzt. Auf Vertheil des allgemeinen Ehrengerichts, welches einen Wehrmann, der beharrlich den Bürgerwehrendienst verweigert hatte, mit Kommunalsteuer-Erhöhung als Strafe belegte, beschloß die Versammlung laut Städteordnung die Steuerhöhung als Strafe zu genehmigen. Der Antrag eines Mitgliedes, daß der größere Theil der Patronen, welche die Führer in Händen haben, in einem städtischen feuersicheren Lokal aufbewahrt werden mögen, fand Zustimmung, indem mehrere Mitglieder versicherten, daß bei dem neulichen Brande in dem brennenden Hause mehr als 2000 Patronen aufbewahrt worden, welche, wenn sie vom Feuer ergriffen worden, was durch eifriges Fortschaffen gehindert sei, großes Unglück hätten herbeiführen können. Bei dieser Gelegenheit wurde nochmals der Antrag gestellt, daß die einzelnen Affekuranz-Gesellschaften, denen durch die Thätigkeit der städtischen Feuerlöschmannschaft und Spritzen bei jedem Feuer Vortheil und Nutzen verschafft wird, durch den Magistrat aufgefordert werden, auch zur Unterhaltung der Feuerlösch-Menschen eine Summe Geldes freiwillig beizutragen. Der Antrag wurde genehmigt.

Der Verein zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der konstitutionelle Centralverein geben an die Stadtverordneten ein Vertrauensvotum mit einer Erklärung, in welcher die Bürgerwehr, deren Klubs und die Bezirksversammlungen der Bürger und Schutzverbände arg verdächtigt werden. Die vorgelesenen Adressen mitzutheilen hätten wir für überflüssig, da sie beide als Plakate genügend bekannt sind. — Ein Mitglied stellte den Antrag, daß unseren Berliner Deputirten die Diäten vom 10. bis 27. Novbr. aus der Kammerei ausgezahlt werden mögen. Nach einer längeren Debatte ergab sich, daß jedenfalls die Deputirten die Diäten für jene Tage erhalten müßten. Der Beschluß war, daß man noch einige Tage, ehe man den Antrag an den Magistrat stellt, abwarten wolle, denn gingen unsere Deputirten nach Brandenburg, so müßten ihnen dort die während der Vertagung nicht ausgezahlten Diäten nachträglich dort gezahlt werden, gingen sie nicht, dann sei es Zeit, ihnen hier die Diäten auszuzahlen.

Bewilligt wurden zur weiteren Katalogisirung der Wedigerischen Bibliothek 80 Rthl. pro 1849. Zur Legung des Trottoirs vom Studischen Hause bis zur Oblique Dhlbrücke wurden 79 Rthl. genehmigt.

... Breslau, 5. Dez. [Versammlung der allgemeinen Studentenschaft.] Die in dem Referate über die vorige Sitzung der allgemeinen Studentenschaft enthaltene Erklärung des Professor Rees von Esenbeck ist dahin zu ergänzen, daß derselbe, falls die National-Versammlung über das Frühjahr hinaus nicht, auf Anfordern der hiesigen Studirenden, — zu seinem Lehrstuhle zurückkehren würde. Der Berichterstatter des Ausschusses hat den betreffenden Passus, damals mitzutheilen unterlassen. Gestern wurde die Revision der Statuten vorgenommen. Es knüpfte sich nur an zwei Paragraphen, welche das Ehrengericht und die Bewaffung der Studenten angehen, eine längere Debatte; beide fielen bei der Abstimmung. Die übrigen §§ des Statuts wurden in wenig veränderter Fassung angenommen; wie erwähnt nur den, welcher die Aufnahme in den Verband der allgemeinen Studentenschaft betrifft. Er lautet etwa: Mitglied der ic. wird jeder immatrikulirte Student durch Unterschrift der Statuten.

\*\* Breslau, 5. Dezbr. [Demokratischer Verein.] Herr Friedensburg beantragt die Bildung eines Professorenvereins. Er motivirte seinen Antrag namentlich damit, daß das Wirken der Demokratie namentlich darauf gerichtet sein müsse, geistige Propaganda zu machen. Das wichtigste Mittel der Propaganda sei die Presse, und diese wäre in anderen Ländern für demokratische Zwecke in solcher Weise benutzt worden, daß man demokratische Schriften unentgeltlich verbreitete. Zu solchem Zwecke muß ein besonderer Pressverein begründet werden. — Der Antrag wird von Hrn. Linderer unterstützt. Die Idee müsse die Basis jeder Handlung sein; die Demokratie müsse streben, als Idee begriffen zu werden. Die vorhandenen Zeitungen hätten in dieser Hinsicht keine durchgreifende Wirkung, er wünscht die Gründung eines besonderen Organes. Gegen das Letztere erklärt sich Hr. Friedensburg. Er will keine Zeitschrift, sondern keine Schriften, Traktäthen, und weist nach Frankreich hin. — Ein Gast vom Lande erklärt sich ebenfalls für den Antrag. Er weist ebenfalls darauf hin, daß wie die Erfahrung gelehrt, der bloße Enthusiasmus nicht hinreichte, die Demokratie zu begründen und diese vielmehr Intelligenz und Belehrung zu Stützen haben müsse. Thue man dies nicht, so baue man

ein Haus auf unsicherem Fundamente. — Dergleichen demokratische Schriften werden aber nicht nur zur Belehrung des niederen Volkes, sondern auch zur Aufklärung so mancher Rittergutbesitzer dienen, die gern mit der Demokratie gingen und nur aus dem Grunde zurückhalten, weil man ihnen die Demokraten als Diebe und Mörder zu schildern bemüht gewesen ist. — Der Antrag wird angenommen.

Hr. Friedensburg beantragt ferner den Druck der Habeas-Corpus-Akte. Hiermit möge der Anfang zu dem früher beschlossenen Projekte gemacht werden. Es geschähen gegenwärtig so viele Uebergriffe Seitens der Beamten, und es sei notwendig, das Volk mit dem so hochwichtigen Gesetze bekannt zu machen. Aber nicht nur das Gesetz, sondern auch ein Kommentar dazu müsse veröffentlicht und verbreitet werden, da, wie Nachrichten meldeten, die Habeas-Corpus-Akte von einer Partei auf dem Lande zu dem Zwecke verbreitet wird, um die Nat.-Vers. in Miskredit zu bringen. Man sucht nämlich den Bauern den Beweis zu geben, daß durch dieses Gesetz kein Dieb mehr eingefangen werden könne. — Der Antrag wird angenommen.

Es folgt die Mittheilung von Hrn. Friedensburg, daß von einem Theile der Abgeordneten zu Frankfurt die Aufforderung ergangen sei, dem dort von Abgeordneten der Reichsversammlung gebildeten Märzvereine beizutreten. Die Absicht jener Frankfurter Abgeordneten geht dahin, eine Coalition sämmtlicher demokratischen Parteien Deutschlands zu Stande zu bringen, ohne Unterschied, ob sie republikanisch, oder monarchisch gesinnt sind. Der Zweck sei lediglich für die Erhaltung der Märzereignisse zu wirken, und mit vereinter Kraft denen entgegenzutreten, die jene Ereignisse zu verkürzen streben. Welche dieses erst feststellen, dann mögen sich Republikaner und Monarchisten wieder trennen. Solche Märzvereine sollen nun durch ganz Deutschland begründet und als Mittelpunkt der Frankfurter Verein angenommen werden. — Die Kommission des demokratischen Vereins wolle diese Coalitionsfrage, ihrer großen Bedeutung und Wichtigkeit wegen, erst in genauer Erwägung ziehen, und werde sie in der nächsten Sitzung der Versammlung zur Berathung vorlegen. — Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

□ Breslau, 5. Dezbr. Auf heute Abend war durch den Abgeordneten Stein eine Versammlung der Wahlmänner Breslau's im Lokale der Stadtverordneten-Versammlung zusammenberufen worden, trotzdem die Aufforderung erst heute früh bekannt gemacht werden konnte. Es hatten sich doch etwa 120 Wahlmänner auf diese Einladung eingefunden. Stadtrath Becker wurde zum Vorsitzenden der Versammlung durch Akklamation gewählt. Abgeordneter Stein, welcher bei seinem Eintritt mit anhaltendem Beifall empfangen wurde, ergriff zunächst das Wort und begann mit einem kurzen Rückblick auf die bekannten Ereignisse. Ueber das Recht der Krone zur Verlegung der Versammlung brauche er nicht erst zu sprechen, da in Breslau fast alle Parteien sich dagegen ausgesprochen. Die Vergleichung mit der französischen National-Versammlung wies der Redner als ungeeignet zurück. Eben so sei es unstatthaft, sich auf das Recht der Krone den konstitutionellen Kommissarien gegenüber zu berufen. Die preussische National-Versammlung könne nur mit sich selbst verglichen werden, und in der That seien grade für den Fall der Verlegung Präcedenzen vorhanden. Die Verlegung der Versammlung aus der Singakademie in das Schauspielhaus sei durch förmlichen Beschluß der Versammlung in Vereinbarung mit der Regierung erfolgt und das Ministerium habe also damals das Recht der Versammlung ausdrücklich anerkannt. — Eben so sei es mit der Vertagung gehalten worden, sie sei immer auf Antrag der Minister durch Beschluß der Versammlung, also durch Vereinbarung erfolgt. Er, der Redner, hat in der Versammlung vom 25. Novbr. den Satz aufgestellt, alle Mitglieder der Versammlung müßten sich am 27ten nach Brandenburg begeben, um dort gegen das Ministerium zu kämpfen. Das Centrum aber sei dagegen gewesen und habe unter keinen Umständen nach Brandenburg gehen wollen. Stein sei daher genöthigt gewesen, seinen Antrag zurückzugeben. Durch Machinationen, die zu erzählen er sich schäme, sei die folgenden Tage ein großer Theil bewogen worden, nach Brandenburg zu gehen. Nachdem die Versammlung in Brandenburg sich so blamiert hätten die 3 Breslauer Abgeordneten erklärt, nunmehr nicht nach Brandenburg zu gehen. Viele von der Linken und das linke Centrum würden aber künftigen Donnerstag hingehen. Er, der Redner, sei nie in einem so großen inneren Conflict gewesen, als gegenwärtig, deshalb wende er sich an seine Wahlmänner. Die Gründe der Breslauer Abgeordneten, nicht nach Brandenburg zu gehen, seien folgende: 1) weil sie sich schriftlich verpflichtet, nicht hinzugehen; 2) in einer Zeit gefekloser Gewalt müsse man zeigen, daß es noch ehrlüche und consequente Männer gebe; 3) es könne,

wie jetzt, nicht bleiben, es werde eine neue Revolution kommen, und da möchte er für seine Person sich dieser neuen Zeit gern als ehrlicher Mann, der sein Wort hält, erhalten. Aus den angeführten Gründen seien etwa 30 Abgeordnete entschlossen, nicht nach Brandenburg zu gehen. — Der Redner bat schließlich, nachdem er ausgesprochen, welche Ueberwindung es ihm kosten würde, in Brandenburg diesem Ministerium gegenüber zu sitzen, um die Entscheidung der Versammlung. (Beifall.) Bogtherr sprach gegen die Meinung (welche er übrigens ehre), nicht nach Brandenburg zu gehen. Man müsse dem Staatswohl hier die Consequenz opfern. Die schriftliche Verpflichtung der Linken mißbillige er. Sie hätten sich selbst nach Brandenburg verlegen sollen; sei dies auch eine Art von Zugeben, so frage es sich doch, ob nicht in einer solchen Lage ein laises Zugeben das Beste sei. Mit dem Ministerium Brandenburg brauche man sich ja nicht zu vereinbaren, man brauche ja nur zu erklären, daß man mit einem solchen Ministerium nicht verhandeln wolle. Das sei auch ein Akt. (Beifall.) Walzer: Welche Meinung auch Jeder unter uns haben mag, wir werden zugestehen müssen, daß Herr Dr. Stein sich als ehrlicher Mann ausgesprochen. Redner würde, wenn er die Ueberzeugung des Herrn Dr. Stein hätte, ebenfalls nicht nach Brandenburg gehen. Das sei Gewissenssache, und darüber sei die Versammlung gar nicht competent zu entscheiden. Breinersdorf: Was Herr Walzer gesagt, möge von dem religiösen Gewissen gelten. Beim politischen Gewissen sei es etwas anderes. (Anhaltender Beifall.) Er stellt den Antrag: daß die Breslauer Abgeordneten nach Brandenburg gehen, aber erst dann in die Versammlung eintreten, wenn das Ministerium Brandenburg gefallen und ein neues Ministerium (wahrscheinlich Vincke-Beckerath) an die Stelle getreten sei. Friedensburg spricht die Absicht an, hauptsächlich mit Rücksicht auf das zu bildende Reichsbewußtsein des Volkes, dem man Männer zeigen müsse, welche ehrlüche und consequent seien. Linderer gegen diese Ansicht. Die Deputirten müßten ihre Personen ganz vergessen, sie müßten nur das Volk darstellen wollen. Der Zweck der schriftlichen Verpflichtung sei die Verhinderung der Beschlusfähigkeit gewesen. Dieser Zweck sei vereitelt worden und darum wünsche er, daß die Deputirten und nicht die Stellvertreter nach Brandenburg gehen möchten. Pflücker spricht, nachdem Stein erklärt hatte, daß die Breslauer Abgeordneten ihr Mandat in keinem Falle niederlegen würden, weil sie die Versammlung in Brandenburg nicht anerkennen, dafür, daß die Breslauer Abgeordneten nach Brandenburg gehen möchten. Er erklärt für seine Person, daß er als Stellvertreter niemals einen Platz einnehmen würde, von dem der Abgeordnete so schimpflich vertrieben worden. Köpck hält die Versammlung der Wahlmänner nicht für berechtigt, die von Stein verlangte Entscheidung zu geben. Diese Entscheidung könne nur entweder von dem Gewissen der Abgeordneten oder von den sämmtlichen Urwählern Breslaus geschehen. Wolle Stein nicht nach seinem Gewissen sich entscheiden, so möge er an das große Wahlkollegium gehen und sein Mandat niederlegen. (Der Vortrag des Redners wurde durch wiederholte Mißfallsbezeugungen unterbrochen.) Friedensburg sprach nochmals dafür, nicht nach Brandenburg zu gehen, Hüneburg spricht für dieselbe Ansicht, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Ehre der Deputirten. Breinersdorf ergriff nochmals das Wort für seinen Antrag, da sämmtliche Redner immer nur an den Fall gedacht, daß die Versammlung immer mit dem Ministerium Brandenburg werde zu verhandeln haben. Aber es könne ja auch ein Ministerium kommen, welches mit Hilfe der Versammlung eine Art Reichsboten gewinne und dann die garantirten Freiheiten zwar nicht weiter durch Gewaltstreiche, aber auf gefeglichem Wege verklümmern. Für diesen Fall gerade seien die 30 Abgeordneten nöthig in Brandenburg, und dieser Fall sei sogar wahrscheinlich, da die Krone wahrscheinlich keine weiteren Gewaltstreiche begehen werde, wenn sie auf anderem Wege ihren Zweck erreichen können. Berg zweifelt daran, daß die Krone keine Gewaltstreiche machen werde, darum verlangt er, daß die Abgeordneten hingehen, um zu retten, was zu retten sei. Pflücker spricht noch seine Ansicht über die Verbindlichkeit von Mißtrauensvoten dahin aus, daß die Abgeordneten allerdings nach ihrem Gewissen entscheiden müßten, daß er aber für seine Person einem Mißtrauens-Votum weichen würde. Geiger wünscht, daß die Abgeordneten nach Brandenburg gehen. Es sei eine schädliche Consequenz, immer zu sagen: entweder Alles oder gar nichts. Es handle sich nicht blos um den Conflict zwischen Krone und Versammlung, sondern auch zugleich zwischen den Parteien im Volke. Die Kompetenzfrage sei unnöthig, da die Wahlmänner ja nur einen Rath erteilen, nicht eine Entscheidung treffen sollten. Stein erklärte zur Kompetenzfrage, daß es sich allerdings nur um einen Wunsch handle. Er gebe auf einen Wunsch der Mehrheit seiner Wähler sehr viel, doch könne er noch

nicht sich darüber erklären, was er und seine politischen Freunde schließlich thun würden. Sein Mandat werde er nicht niederlegen, weil er es nicht mit christlichen Feinden zu thun habe. Denn das Ministerium pflege, wenn ein Deputirter der Rechten sein Mandat niederlege, sofort, wenn dies aber ein Deputirter der Linken thue, erst in drei Monaten eine Neuwahl anzuordnen.

Bei der Abstimmung stimmten auf die Frage: „Ob gewünscht werde, daß die Abgeordneten überhaupt nach Brandenburg gehen?“ 106 mit Ja, 12 mit Nein. Auf die Frage: „Wird gewünscht, daß die Abgeordneten unter dem Ministerium Brandenburg in die Versammlung in Brandenburg eintreten?“ stimmten 82 mit Ja, 37 mit Nein.

Der Vorsitzende proklamirte hierauf die gefaßten Beschlüsse als den Wunsch der Versammlung und sprach im Namen der Wähler dem Abgeordneten Stein einen Dank für sein bisheriges Verhalten aus, in welchen die Versammlung mit lautem Beifall einstimmte.

**\*\* Breslau, 5. Dezbr. [Verein für gesellschaftliche Ordnung.]** Der Vorsitzende, Hr. Hahn, verliest die in der jüngsten Sitzung beschlossene Petition an das Ministerium, Behufs Beschleunigung der Verfassung. Dieselbe wird angenommen. Hr. Hahn theilt sodann, Namens des Comités mit, daß dasselbe beschlossene hat, eine ähnliche Petition an die Nat.-Vers. zu richten; er stelle das zur Berathung der Versammlung. Hiegegen erklärt sich Hr. v. Quernheim. Die Nat.-Vers. habe das Vertrauen verloren, und er wünschte nicht, daß man an dieselbe noch Petitionen richte. Seine Rede wird mit Bravo aufgenommen. — Die Herren Hahn, Ruthor, Dettinger u. m. A. sprachen sich dafür aus. Der Verein für gesellschaftliche Ordnung müsse doch eine Versammlung anerkennen, die auch von der Regierung anerkannt wird. Hr. v. Quernheim fügt noch nachträglich hinzu, daß er nicht die „achtungswerthe Minorität“ der Berliner Versammlung, sondern die Majorität gemeint, wenn er gesagt, daß die Nat.-Vers. das Vertrauen des Landes verloren habe. Auch diese Rede wird mit Bravo aufgenommen. Nichtsdestoweniger wird die Adresse an die Nat.-Vers. beschlossen und der vom Comité vorgelegte Entwurf angenommen.

Es erfolgt die Debatte über das Seitens des „deutschen Volksvereins“ erlassene Plakat. Hr. Dettinger nimmt zuerst hierüber das Wort. Plakate wolle man wohl im Allgemeinen nicht beantworten; der deutsche Volksverein hätte aber in seiner jüngsten Sitzung diesen Verein gezupft und gerupft, und diesem Angriffe wolle er hier entgegentreten. Er weist in längerer Rede die „Schmädhungen“ des Volksvereins zurück, und namentlich den Vorwurf, daß die Mitglieder dieses Vereins sich so lange hinter dem Versteck gehalten hätten. Wenn diese im März Nichts gethan haben, so war es nur deshalb, weil sie immer auf dem Boden des Gesetzes blieben. Aber sie hätten die Revolution angenommen und gepflegt. Durch den Mißbrauch der gewonnenen Freiheiten, der am 20. November seine höchste Spitze erreicht hatte, sah sich indess eine Anzahl gesinnungstüchtiger Männer veranlaßt, zusammenzutreten und den gesetzlichen Behörden Hilfe und Unterstützung anzubieten. In solcher Weise werde der Verein auch künftighin fortfahren, und auf Schmädhungen keine Rücksichten nehmen. — Herr Vogt erklärt sich gegen jede Erwiderung auf das Plakat des Volksvereins, da man einmal beschlossen, auf Schmähschriften nicht zu antworten. In ähnlichem Sinne sprachen sich die meisten Redner aus. Der Verein beschließt, das Plakat des deutschen Volksvereins nicht zu beantworten.

Es erfolgt ein Antrag, dem Militär für sein gutes Verhalten in der jüngsten Zeit Dank abzustatten. Herr Dettinger erklärt sich dagegen. Man müsse vermeiden, den Vorwurf auf sich zu laden, als wolle man mit der Gewalt, wie die Gegenpartei sagt, „buhlen.“ — Herr Reich meint, man möge diesen Dank dadurch kund geben, daß man Geld sammle für die Familien der eingezogenen Landweh. Herr Ruthor will nicht, daß der Verein eine solche Sammlung veranstalte, sondern jeder seine Mitglieder zur Unterstützung der Landwehr-Familien auffordere. Dies Letztere wird von dem Vereine zum Beschlusse erhoben.

In Bezug der Listen für das Vertrauens-Votum an die Stadtverordneten-Versammlung, theilt Herr Stadtrath Schaff mit, daß eine Anzahl derselben mit 114 Unterschriften eingegangen wären. Nach Verlesung der noch fehlenden Listen wird die Sitzung geschlossen.

**Theater.**

[Ein Minister aus dem Volke, Schauspiel in 5 Akten nebst einem Vorspiel von Carl Schmidt.] — Pierre Landais, Sohn eines Schneiders zu

Bitre in der Bretagne, arbeitete bei dem Hofschneider Franz II., Herzogs von Bretagne, erhielt hierdurch Zutritt bei dem Fürsten und wurde dessen Günstling und Oberschneidemeister. Landais aber bereicherte sich durch Erpressungen und brachte Volk und Adel so gegen sich auf, daß der Herzog sich genöthigt sah, ihn 1485 hängen zu lassen. Solches erzählt die Geschichte, und wenn wir nicht irren, so hat Soult diesen Stoff zu einem vierbändigen Romane ausgebeutet. In wie weit Herr Carl Schmidt den Roman benutzt hat, wollen wir ununtersucht lassen; genug, daß er mit der Bearbeitung einen recht glücklichen Griff gethan und in dem bereits im vorigen Jahre verfaßten Schauspiel so manche Töne angeschlagen hat, die gerade in der Gegenwart tiefen Anklang finden.

Ein Minister aus dem Volke, der das Volk gegen die privilegierten Stände in Schutz nimmt, zuletzt aber von dem noch „unreifen“ Volke selbst verlassen und verrathen wird — das ist 'ne alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu! — Die Idee der historischen Tragödie ist immer die, daß der Einzelne, der den Gang der Geschichte zwingen und sich an die Stelle des Schicksals setzen will, diesem zuletzt doch zum Opfer fällt. Es rächt sich in einem solchen Falle die Schuld der Einseitigkeit, und verfehlet wiederum das Gemüth durch die Freiheit, mit welcher der Held für seine Idee in den Tod geht. Konnte auch die Waffe dem Schwunge des Einzelnen nicht folgen und die Idee der Freiheit nicht begreifen, sie, die Idee, hat sich eben in dem Untergange des Helden als vorhanden bewährt und bietet damit den Trost einer bessern, reifen Zeit. — So sucht der Dichter und Aesthetiker die Geschichte zu begreifen und den Sinn ihrer Räthsel zu verstehen; die Lösung derselben steht noch zu erwarten!

Unser vorliegendes Schauspiel kann nicht den Anspruch erheben, von jener Idee der historischen Tragödie belebt zu sein, viwohl der Stoff zur Verlebendigung derselben gar wohl geeignet wäre. Der Verfasser scheint es vielmehr auf ein effektvolles, als ein gut motivirtes Stück abgesehen zu haben, und man muß es gestehen, daß ihm diese Absicht gelungen ist. Der reiche Stoff ist wohl zusammengefaßt, und fast in jeder Scene geschieht Etwas. Die Handlung folgt so rasch aufeinander, daß man während der Vorführung die schwachen Motive übersehen oder gar nicht darnach fragt. Wenn es in so manchen Stücken vor Motivierung gar nicht zum Handeln kommt, so ist es hier umgekehrt der Fall, und man genießt das Vergnügen, eine lebendige Geschichte in rascher Uwickelung vor sich gehen zu sehen. So weit verdient das Stück alle Anerkennung, mehr aber darf man nicht beanspruchen. Denn so wenig die Situationen überall durch ein genügendes Motiv herbeigeführt sind, eben so wenig ist an den Personen eine künstlerische Charakterzeichnung wahrzunehmen. Die Personen handeln allerdings nach bestimmten Richtungen hin und Pierre Landais namentlich macht den Eindruck eines Charakters. Allein sowohl diesem als allen übrigen fehlt die intensive Färbung, und wir haben nur die Charakteristik der Oberfläche. Dies hauptsächlich ist die Ursache, daß wir von der so reich bewegten Handlung, doch so wenig innerlich berührt werden.

Ich muß es Herrn Baumeister (Pierre Landais) besonders nachrühmen, daß er den Dichter in diesem Punkte, dem Mangel an Innerlichkeit, zu ergänzen gesucht hat und den Charakter gerade von Innen heraus zu entwickeln bemüht gewesen ist. Die Kritik kann solche künstlerische Bestrebungen nicht hoch genug anschlagen und muß solche Verdienste ganz besonders hervorheben. — Sämmtliche anderen Partien sind von untergeordneter Bedeutung, und zwar nur deshalb, weil sie wenig charakteristische Züge enthalten und daher auch dem Schauspieler wenig Gelegenheit zur Charakterentwicklung geben; in der Handlung dagegen sind sie durchaus nicht untergeordnet und greifen sämmtlich gar tief in den Gang derselben ein. Alle diese Partien befanden sich in den besten Händen unseres Personals und wurden, einige Gedächtnißfehler abgesehen, zu allgemeiner Zufriedenheit gespielt.

Nach dem Beifall und Anklang, den das Stück in der ersten Aufführung gefunden, dürfte zu erwarten sein, daß es sich längere Zeit auf dem Repertoire halten werde. M. K.

**\* Reisse, 3. Decbr. [Ungarische Husaren auf dem Marsche von Prag über Nachod, durch die Grafschaft Glatz, bei der Festung Neisse vorüber nach Ungarn.]** Gestern früh gelangte die Nachricht hierher, daß ein Trupp von etwa 150 ungarischen Husaren von der Grafschaft Glatz in der Richtung auf Neisse sich im Marsch befände. Die Nachricht beschäftigte sich hier bald, Landleute und Gutsbesitzer aus der Umgegend von Neisse theilten mit, daß diese Husaren (von denen es der hiesigen höchsten Militärbehörde bekannt geworden, sie hätten von Prag aus ihr Regiment verlassen und seien bei Nachod in das Gebiet der Grafschaft Glatz übergetreten) in der Nacht vom 1. zum 2. d. M. Neisse

passirt, des Morgens gegen 4 Uhr in Weiskau zwischen Neisse und Dittmachau gelegen, sich nach einem Uebergange über die Neisse erkundigt, sodann die Neisse bei Beisen passirt und in Oppersdorf auf dem Wege von Neisse nach Neustadt D. S. gefüttert hätten. In dem zuletzt genannten Dorfe haben sie Alle ihre Bedürfnisse baar bezahlt. Die hiesige königl. Kommandantur hat nun gestern Vormittag eine Kompanie Infanterie diesem Husaren-Trupp entgegen geschickt. Dem Vernehmen nach hat denn auch ein Stabsoffizier aus der hiesigen Festung in Begleitung mehrerer Adjutanten die ungarischen Husaren angetroffen und sie aufgefordert, ihre Waffen abzugeben und sich unter preussischen Schutz zu begeben, es ist ihm aber die Antwort zu Theil geworden, daß sie ihr Vorhaben nicht aufgeben und ihr Leben Einer für Alle und Alle für Einen bis aufs Aeußerste verteidigen würden. Man erfährt, daß an der Spitze dieser Husaren, die sich nach Ungarn zu begeben Willens sind, zwei Wachtmeister stehen, welche einen der Wege und des Landes kundigen Mann bei sich haben, der sie zu Wagen begleitet. Die Mannschaften, schöne, kräftige Leute, erwiesen den preussischen Offizieren die üblichen militärischen Honneurs, waren sehr gut montirt und vollständig bewaffnet. In Folge der sehr forcierten Räte hatten sie schon mehrere gedrückte Pferde. Bei Bütz (das Schreiben aus Bütz in der gestr. Ztg.) sollen die fremden kühnen Reiter einem Detachement von circa 30 Husaren aus Neustadt D. S. begegnet sein, welche freilich ihrer geringen Anzahl wegen, auf eine Attaque sich nicht hätten einlassen können. In ihrem weiteren Marsche sind diese Ungarn aus dem preussischen wieder auf kaiserliches Gebiet übergetreten. Eine zweite Kompanie Infanterie ist aus der Festung nach Camenz entsendet worden, wo wiederum Unruhen und Angriffe auf das dortige Schloß von Seiten der Bauern stattgefunden haben sollen. — Hier sind die Festungsgräben noch immer mit Wasser gefüllt und bei den äußeren Thorpassagen Geschütze zur Vertheidigung der ersten Zugänge zur Festung aufgestellt.

**\* Bernstadt, 4. Decbr. [Eine Serenade.]** In der gegenwärtigen Zeit thut es dringend Noth, wenn die trübe Stimmung, die augenblicklich auf dem Volke lastet, durch einzelne Momente wieder aufgefrischt, wenn den an der Erfüllung der heißesten Herzenswünsche schon fast Verzweifelnden Worte des Trostes und der Ermuthigung zugerufen werden. Einen solchen Moment haben wir eben jetzt erlebt. — Heute Abend wurde unserm soeben zurückgekehrten Abgeordneten Mäke, welcher bis jetzt treulich in Berlin ausgehalten, kommenden Donnerstag aber mit der gesammten (?) Linken nach Brandenburg gehen wird, von seinen zahlreichen Freunden hieselbst eine Serenade gebracht, an die sich ein donnerndes Hoch für den müthigen und standhaften Kämpfer für die Rechte und Freiheit des Volks, anschloß. Derselbe dankte in eben so erhabenden als kraftvollen Worten für die, wie er sagte, nicht seiner Person, sondern der Sache gethene Demonstration, und ermuthigte zum kraftvollen und einmüthigen Festhalten an den errungenen und verheißenen Freiheiten, die keine Gewalt der Bajonnette auf die Dauer dem einmüthigen Willen eines gesinnungstüchtigen Volkes vorzuenthalten im Stande sei. Am Schlusse brachte derselbe der Stadt Bernstadt, welche durch ihr Verhalten jederzeit gezeigt habe, daß sie bereit sei, für die Freiheit einzustehen, ein Lebehoch.

(Breslau.) Personal-Veränderungen im Bereiche der Intendantur des 6. Armeekorps. Der Intendantur-Sekretariats-Assistent Schäffer wurde zur Intendantur des Garde-Korps versetzt; desgleichen der Sekretariats-Assistent Thäber zur Intendantur des achten Armeekorps; desgleichen der Sekretariats-Assistent Böller von der Intendantur des ersten zu der des sechsten Armeekorps. Der Hauptmann und Kontrolleur Järschly vom Train-Depot zu Breslau ist zum Adjutanten des Train-Depots in Münster befördert worden. — Der int. Festungs-Magazin-Adjutant Häusler zu Kofel wurde bestätigt. — Die Lazareth-Inspektoren zweiter Klasse Göhrke zu Kofel und Gerlich zu Glatz sind zu Lazareth-Inspektoren erster Klasse ernannt worden. — Der Militär-Ing.-Depot-Assistent Reibisch ist gestorben. — Der Feldwebel Krüger von der Schul-Abtheilung des Lehr-Infanterie-Bataillons ist zur probenweislichen Beschäftigung bei dem Montirungs-Depot in Breslau kommandirt.

\*) Eine kurze Mittheilung aus Reisse s. in der gestr. Z.



Insertate.

Bekanntmachung.

Da es, der bisherigen Bemühungen ungeachtet, noch nicht gelungen ist, die Verfertiger der hin und wieder zum Vorschein gekommenen falschen preussischen Banknoten...

Wer Anzeigen dieser Art zu machen hat, kann sich an jede Orts-Polizei-Behörde wenden und auf Verlangen der Verschweigung seines Namens sich verpflichten...

Zugleich wird hierdurch die Mitwirkung des Publikums mit dem Anheimgen in Anspruch genommen, bei dem Empfange von preussischen Banknoten deren Buchstaben, Nummer, Betrag und den Zahlenden sich zu merken...

Berlin, den 10. August 1848.

Der Chef der preussischen Bank.

Im allerhöchsten Auftrage: von Lamprecht.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch republiciert.

Berlin, den 21. November 1848.

Der Chef der preussischen Bank.

In Vertretung: von Lamprecht.

Seit gestern Mittag bis heute Mittag sind nach amtlicher Meldung an der Cholera 5 Personen erkrankt, 1 gestorben und 3 genesen.

Breslau, den 5. Dezember 1848.

Das königliche Polizei-Präsidium.

Bekanntmachung.

Den wiederholt ausgesprochenen Wünschen eines großen Theils der Bewohner unserer Stadt zu entsprechen, fanden sich die städtischen Behörden im April d. J. veranlaßt, eine Kommunal-Bäckerei anzulegen...

- 1) Für 1600 Pfund Mehl, à 100 Pfd. 2 Thlr. 28 Sgr. 46 Thlr. 28 Sgr.
2) Für 2 2/3 Tonnen Steink. 2 — 20 —
3) Für Arbeitslohn 2 — 15 —
4) Für Del, Licht u. 2 — 2 —

Außerdem aber zu veranschlagen gewesen:
5) Für Zinsen vom Anlagekapital incl. Abnutzung des Ofens und Inventariums " — 25 —
6) Für Lokalmiethe (100 Thlr. für das Jahr) " — 10 —
7) Für Gehalt eines Dirigenten, der zugleich Buchhalter und Kassirer, täglich " — 20 —

Ergiebt eine Summe von 54 Thlr. — Sgr. Wenn nun für diese 54 Thlr. 2136 Pfd. Brod gewonnen worden sind, so stellt sich der Preis eines Pfundes auf 99 3/4 Pf., mithin noch höher, als ihn unsere Bäcker gestellt.

Breslau, den 1. Dezember 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Stadtverordneten-Versammlung

am 7. Dezember, Vormittag 10 Uhr.

Verzeichniß der wichtigsten Gegenstände der Berathung:

- 1. Verpachtung der Ueberfuhr aus dem Bürgerweider nach dem Stadtgute Elbing.
2. Aussetzung des Verkaufs des Grundstücks Nr. 6 der Vorderleiche bis zum nächsten Frühjahr.
3. Bewilligung einiger Unterstüzungen.

Der stellvertretende Vorsteher Dr. Gräber.

Handelskammer.

Die Mitglieder und Stellvertreter der provisorischen Handelskammer ersuche ich,

Mittwoch den 6. Dezember Nachmitt. 4 Uhr in dem Courslokale des Börsengebäudes sich gefälligst versammeln zu wollen.

Die wichtigste Vorlage bildet das Kommissionsgutachten über das Projekt der Kornbörse. Breslau, den 4. Dezember 1848. Molinari.

Um etwanige Mißdeutungen zu vermeiden, sehe ich mich genöthigt, zu erklären, daß die Aufforderung zu dem am 15. Dezember in Breslau abzuhaltenden Bürgerweh-Kongress nicht amtlich, sondern nur um behalf von dem Kommando der Bürgerwehr unterzeichnet war...

Breslau, den 5. Dezember 1848. Engelmann, stellvertretender Oberst.

Von mehreren Einsassen und Einwohnern der Herrschaft Gellenau bei Lewin in der Grafschaft Glas, ist unterm 30. November d. J. nachstehende Adresse an das königliche Staats-Ministerium entworfen und eingereicht worden:

Hohes Staats-Ministerium!

Unser hochherziger, so schwer verletzter und verkannter König hat unterm 11. November d. J. in eben so erhabenen als herzugewinnenden Worten zu seinem treuen Preußenvolke gesprochen. Ja, treu und anhänglich, und in Liebe und Verehrung ihrem Könige und ihrem angestammten Königshause zugethan, also dürfen wir auch heute noch immer das Preußenvolk nennen...

Freilich sind Tausende redlicher Bürger und Landleute von Aufwiegeln, Anarchisten und besoldeten Agenten, die wo möglich, gern selbst regierende Herren werden möchten, irre geleitet und verführt worden; doch Preußens Bevölkerung zählt nicht nach Tausenden. — Millionen sind es, mehr als fünfzehn Millionen, die seit unendlichen Zeiten stolz darauf waren, Preußen zu heißen...

Ein hohes Staats-Ministerium — von diesen Verräthern selbst mit Gift und Geifer beworfen, obwohl aus Männern gebildet, die zum Theil schon vor 40 Jahren und länger, für ihren König und ihr Vaterland gekämpft und gekütert, oder auf andere Weise im Staatsdienste ehrenhaft und gemeinnützig gewirkt und gewaltet haben, zu einer Zeit, als diese, jezt Alles Geheiligte umstürzenden und über uns Alle herrschen wollenden Anarchisten und Terroristen entweder noch gar nicht geboren, oder Ruben in Wickeln und Windeln waren. — Ein hohes Staats-Ministerium bitten wir unterzeichnete ehrerbietigst, die vorstehend ausgesprochenen Gesinnungen treuer und unwandelbarer Liebe und Verehrung, welche wir bis zur letzten Stunde unsers Lebens unserm hochherzigen Könige bewahren werden, als Erwiederung auf dessen erhabene Worte vom 11. November d. J. recht bald zu den Stufen des Thrones gelangen zu lassen.

Der Breslauer Landwehr-Verein

„Mit Gott für König und Vaterland“ versammelt sich heute, Mittwoch den 6. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr, im Lokale des Maria-Magdalenenums. Der Zutritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Eintrittskarten gestattet.

Der Ruhsche Frauen-Verein für Haus-Arme.

Die zu dem bekannten Zwecke des Vereins gespendeten und gekauften Arbeiten werden Freitag den 8. December von 2—4 Uhr Nachmittags, Sonnabend den 9. December von 9—1 Uhr und Nachmittags von 2—4 Uhr, Sonntag den 10. December von 1/11 Uhr und Nachmittags von 2—4 Uhr im Lokal der vaterländischen Gesellschaft in der Börse ausgestellt und verkauft werden...

Der Vorstand des Ruhschen Frauen-Vereins für Haus-Arme.

Die 11 Jahre lang Taschenstraße Nr. 10 befindlich gewesene Blumen-Fabrik der Christine Sauch ist seit Michaelis d. J. nach der Ohlauer Vorstadt, Klosterstraße Nr. 1a, verlegt.

Zum bevorstehenden Feste

empfehle alle Arten Konfituren, Nürnberger Lebkuchen, feinste Chocolade, eben so die seit einer Reihe von Jahren anerkannten Malz-, Eibisch-, Mohrrüben-, Caragen- und Isländisch-Moos-Bonbons, Brust-Caramellen, auch nach ärztlicher Vorschrift bereitete Cholera-Bonbons in vorzüglicher Güte zu billigen Preisen: S. Czelliger, Antonienstr. Nr. 4.

Ausstellung der schönsten Kinderspielwaaren von Joh. Sam. Gerlig, Ring neben dem Hintermarkt in 4 Zimmern der 1. Etage. Puppenköpfe aus Porzellan, Holz, Papier-Machee und Puppenkörper, so wie ganz was Neues von Blechwagen mit beweglichen Pferden sind in allen Größen angekommen.

Steinkohlen bester Qualität

von den Gruben Brandenburg u. Catharina a. Zarze D. S. verkauft die Niederlage am oberschlesischen Bahnhofe (Einfahrt durch das 1. Thor des Kohlenplatzes) in stets frischer Föderung und zu möglichst niedrigen Preisen. Bestellung hierauf nimmt entgegen: J. Klaus, Firma: Klaus u. Söferdt, Ring 43, sowie der Bergwerks-Produkten-Faktor Herr Hise am oberchl. Bahnhofe.

Neuen holl. Voll-Hering, das Gebind mit 45 bis 48 Stück 1 1/4 Rthl., das Stück 1 Sgr.
Neuen engl. Voll-Hering, das Gebind mit 45 bis 48 Stück 1 Rthl., das Stück 9 Pf.
60 Stück incl. Gebind 1 1/4 Rthl., Elbinger Neunaugen, in Gebinden und Stückweise billiger wie bisher.
Brabanter Sardellen, das Pfund 6 Sgr., von 5 Pfund an 5 Sgr., in Ankern billigst.
Emmenthaler Schweizer-Käse, das Pfund 7 Sgr.
Neuen holländischen Käse, das Pfund 6 Sgr., in Brodten billiger.
C. F. Rettig, Kupferschmiedestr. Nr. 26.

**Theater-Nachricht.**  
 Mittwoch: „Gebrüder Foster“, oder:  
 „Das Glück mit seinen Launen.“  
 Charaktergemälde aus dem 18ten Jahrhundert in 5 Akten, nach einem englischen Plane von Dr. Löffler.

**Verbindungs-Anzeige.**  
 Unsere am 29. November d. stattefundene eheliche Verbindung zeigen wir hierdurch ergebenst an.  
 Rosenberg i. D. S.  
 Aloys W. Popluz, Pr.-Aktuar.  
 Florentine Popluz geb. Pleschke.

**Todes-Anzeige.**  
 Am 1. d. Mts., früh  $\frac{1}{2}$  auf 1 Uhr, starb, nach einem 4wöchentlichen, sehr schmerzvollen Krankenlager an Hämorrhoidal- und Hals-Entzündung, im Alter von 64 Jahren und 4 Tagen, — ruhig und gefaßt, wie stets im Leben — unser unvergesslicher, guter und treuer Gatte und Vater, der hiesige Bürger und Kirchenvorsteher **Karl Konrad Regehly**. — Mit der Bitte um stille Theilnahme bringen dies betrübten Herzens den vielen lieben Freunden des Verewigten die Hinterbliebenen zur Nachricht. — Konstadt, 4. Dezbr. 1848.  
 Henriette Regehly, geb. Giesler, Wittwe.  
 Wilhelm Regehly i. Jakobswalde  
 Karl Regehly in Bruthen D. S.  
 Adolf Regehly, z. 3. hier.  
 Friederike Regehly, verwittw. Schneider, hier.  
 Auguste Regehly, hier.

**Todes-Anzeige.**  
 Heute früh um  $\frac{3}{4}$  Uhr starb unerwartet schnell, nur 8 Wochen nach seiner Mutter, unser guter Gatte und Vater, der Kreischmer **Ludwig Wenzel**, an einem Schlaganfall in einem Alter von beinahe 33 Jahren. Um stille Theilnahme bittend, widmet diese Anzeige seinen nahen und fernen Freunden:  
 Pauline Wenzel, geb. Wenzel.  
 Breslau, den 3. Dezbr. 1848.

**Todes-Anzeige.**  
 (Statt besonderer Meldung.)  
 Den am 28ten d. M. erfolgten Tod unseres Sohnes **Georg** im 10ten Lebensjahre zeigen tiefbetäubt an:  
 Dr. Ruh und Frau.  
 Gmunden, den 30. Nov. 1848.

**Historische Section.**  
 Donnerstag, den 7. Dechr., Abends 6 Uhr.  
 Prof. Köppl. Das türkische Reich und die europäischen Mächte; vom Frieden zu Adrianopel bis zum Verträge von Unkar-Skelessi. (1829–33.)

**Warnung.**  
 Ich sehe mich zu der Aufforderung und Erklärung veranlaßt, Niemandem, wer es auch sei, auf meinen Namen etwas zu borgen, indem ich keinesfalls dafür aufkomme.  
 Breslau, den 5. Dezember 1848.  
 Verwittw. Jürg.

Bei meiner Abreise nach Venezuela (Süd-Amerika) sage ich allen meinen Freunden ein herzliches Lebewohl.  
 Hamburg, den 1. Dezember 1848.  
 Karl Ferdinand Appun jun.  
 aus Bunzlau.

**Bekanntmachung.**  
 Die städtische Bäckerei in dem auf der Kirchstraße belegenen Hause Nr. 18 soll mit diesem Hause vom 1. Januar 1849 ab auf acht Jahre im Wege der Licitation vermie-  
 thet werden.  
 Zu diesem Behufe ist ein Termin auf Montag den 18. Dezember im Fürstensaale des Rathhauses anberaumt worden.  
 Die Vermietungs-Bedingungen nebst der Beschreibung des Hauses sind in der Rathsdienerschaft einzusehen.  
 Breslau, den 1. Dezember 1848.  
 Der Magistrat  
 hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

**Sommt unserm vollständigen Musikalien-Verh.-Institut,** als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen **Lebibliothek** können täglich neue Teilnehmer unter **billigsten Bedingungen** beitreten.  
**F. C. C. Reuckart** in Breslau, Kupfer- und Schmiedestr. 13, Schuhbrück-Ecke.

Nachdem ich im Spätsommer d. J. neben meinem seit 14 Jahren betriebenen Biqueur-Geschäft noch eine

**Obstwein-Fabrik** errichtet habe, bin ich jetzt im Stande mein Lager von Obstweinen für den Verkauf empfehlen zu können; dem beteiligten Publikum die Versicherung hinzufügend, daß auch bei dem Betriebe dieses Geschäfts Solidität stets die Richtschnur für mein Handeln abgeben wird.  
 Hirschberg in Schlesien, im Dezember 1848.  
**C. Labaud.**  
 R. Herberg Nr. 8 ist der zweite Stock ganz auch getheilt zu vermieten.

**Nachruf**  
 der Behmuth und Trauer, am Todestage meiner mit ewig unvergesslichen theuren Gattin, **Mathilde Zriepecke**, geb. Hayn.

Ein Jahr ist zwar im Strom der Zeit verschwunden,  
 Doch ach! mit ihm schwand nicht mein bitterer Schmerz;  
 Sie bluten neu, der Trennung tiefe Wunden,  
 Denkt heut, Mathilde, Dein mein einsam Herz.  
 Vergebens sucht mein Blick Dein treues Walten,  
 Und Deiner frommen Liebe Segensspur.  
 Ach! warum mußte denn so früh erkalten  
 Ein Herz, das liebend schlug den Seinen nur?  
 Du weilst nun in jenen lichten Zonen,  
 Wohin der Blick der Sterblichen nicht dringt,  
 Wo ew'ge Freuden frommen Duldern lohnen,  
 Wenn sich ihr Geist der Erdmacht entschwingt.  
 Dorthin soll stets mein Auge sich erheben,  
 Wenn es der Behmuth heiße Thrän' umhüllt;  
 Dein Geist soll, Theure, tröstend mich umschweben,  
 Wenn bange Sehnsucht meine Brust erfüllt.  
 Wenn trauernd heut an Deinem Sarkophage  
 Die früh verwaisten Kinder um mich stehn;  
 Dann lächle in des bitteren Schmerzes Klage  
 Dein Geist: „Wir werden einst uns wiederseh'n!“  
 Waldenburg in Schl., d. 6. Dez. 1848.  
**Eduard Zriepecke.**

**Im alten Theater.**  
 Erstes freies Theater für Kinder. Jeder Erwachsene, welcher an der heutigen Vorstellung Theil nimmt, hat das Recht zu jedem Billet unentgeltlich ein Kind einzuführen.  
 Heute, Mittwoch den 6ten und Donnerstag den 7ten wird aufgeführt: **Der lebendig todtte Chemann.** Posse in 2 Akten. Zum Schluß: Ballet und Transparenz-Feuerwerk.  
 Billets zu Logen und Sperrsitzen à 6 Sgr. sind am Tage im alten Theater zu haben.  
**Schwiegerling.**

**Wintergarten.**  
 Heut, Mittwoch, Abonnement-Konzert.  
 Zur Unterhaltung der verehrten Gäste wird der Magier, Tafelkünstler Herr **Neuwald** aus Gens sich produzieren und dafür ein beliebiges Entree nehmen.  
 Durch mehrfache Anfragen veranlaßt, wird hierdurch bekannt gemacht, daß die hiesige **Käse-Fabrik**, außer der seither beliebten schönen, fetten und dauerhaften Waare von Eimburger Sahnkäse, in der Größe von circa 1 Pfd. Gewicht pro Biegel, nunmehr auch, auf vielfaches Verlangen, dergleichen Käse in verhältnismäßiger Größe, von circa  $\frac{1}{3}$  Pfd. Gewicht pro Biegel zur Versendung bereitet hält und ist durchgehends der Preis auf  $15\frac{1}{2}$  Rtl. pro Zentner herabgesetzt.  
 Das Wirthschaftsamts Schreibendort bei Landeshut in Schlesien.

Ein mit guten Zeugnissen versehener Wirthschafts-Schreiber, militärfrei, noch activ, sucht sofort oder spätestens zu Weihnachten d. J. ein Unterkommen. Näheres auf portofreie Anfragen unter der Chiffre **H. T. poste restante Trebnitz.**

Nach Polen an der schlesischen Grenze wird ein gebildetes Mädchen verlangt, welches zwei Fräulein in deutscher Sprache üben und ihnen zur Gesellschaft bei kleinen Hülfleistungen dienen soll. Persönliche Meldungen werden heute und morgen zwischen 12—6 Uhr angenommen im Hotel zur goldenen Gans, Zimmer Nr. 13.

Auf die Annonce vom 2. Dez. erwidere ich, daß ich erst am 5. Dez. mein Gehalt von Madame Burakowska erhalten habe.  
**Herrmann Woisch.**

Eine noch gute, vollkommen brauchbare Kufe, ganz von Kupfer, etwa 6 Fuß weit und 8 Fuß tief, wird zu kaufen gesucht. — Anerbietungen mit Preisbestimmungen eruchtet man sub **C. F. K.** poste restante Breslau franco einzulegen.

**Zu Weihnachten** oder auch bald zu beziehen ist **Wallstraße Nr. 1a** eine Wohnung in der zweiten Etage von 3 Zimmern, wobei ein Zimmer mit Balkon, Küche u. Stallung und Wagenremise kann dazu gegeben werden. Die Benutzung des Gartens an der Promenade steht dem Miether frei.  
 Das Nähere Parterre beim Wirth.

**Echte Braunschweiger Mumme.**  
 Von diesem so sehr berühmten Getränk erhielt ich die erste Sendung und empfehle selbiges besonders kranken und schwachen Personen à Flasche 12 $\frac{1}{2}$  Sgr.  
**Theodor Ferber**, Altbüßer-Straße Nr. 14.

**Frische Gebirgs-Tafel-Butter**  
 empfang wiederum in bester Qualität und empfiehlt billigst:  
**H. N. Leyfer**, Schmiedebrücke Nr. 56.

Herzlichsten Dank allen Freunden und Bekannten, welche bei dem in der Nacht vom 27. zum 28. November d. J. ausgebrochenen Feuer zur Hülfe und Rettung meines Eigenthums herbeieilten. Gott behüte sie alle vor ähnlichem Unglück.  
**W. F. Schniger.**

Bei nächtlichem Einbruch in das Pfarrhaus in Minken den 28. November wurden entwendet:  
 1 silb. Keld gez. Wossfeld-Rüdenburg.  
 1 neu silb. Posten-Schachtel, gez. Winkler.  
 Unter andern Gegenständen:  
 1 neuer schwarzer wattirter Rock.  
 1 „ „ Paletot.  
 1 grauer Mantel.  
 1 schwarzwälder Uhr.  
 5 werthvolle Pfeifen.  
 1 Kirchenriegel von Minken-Peisterwis.  
 Vor dem Mißbrauche des Letzteren warnen wir.  
 Das evangelische Kirchen-Kollegium.

Echten Braunschweiger **Honigkuchen, Leibkuchen** und weiße **Pfefferküsse** empfing in sehr schöner Waare und verkauft das Packet Leibkuchen von 6 Tafeln zu  $2\frac{1}{2}$  Sgr.  
**Theodor Ferber**,  
 Altbüßerstraße Nr. 14.

**Börsenringe und Quasten** in großer Auswahl, billigst, um damit zu räumen, bei  
**Theodor Ferber**,  
 Altbüßerstraße Nr. 14.

**Schweizerhaus.**  
 Mittwoch: Konzert der Quintett-Gesellschaft.  
 Bald oder Neujahr zu beziehen, **Schuhbrücke 42** im 1. Stock 4 Stuben, Küche und Zubehör, Parterre 2 Stuben, Küche und Zubehör, im 4. Stock 1 Stube 2 Kammern und Küche. Das Nähere beim Tischlermeister daselbst.

**Böcke-Verkauf.**  
 Auf dem Dominio **Kettkau**, Glogauer Kreises, werden vom 4. Januar 1849 an eine kleine Zahl **Escorial-Böcke**, Hennerdorfer Abstammung, im Alter von 2 und 3 Jahren zum Verkaufe aufgestellt, und wird vor jenem Tage kein Verkauf stattfinden.  
 Die gräfl. v. Hardenberg'sche Gutsverwaltung zu Kettkau.

**!!Billig und doch gut!!**  
 Um rasch zu räumen verkaufe ich von heute ab:  
**abgelagerte Ugués-Cigarren**,  
 (Bremer Fabrikat)  
 das Stück 4 Pf.  
 das Duzend  $3\frac{1}{2}$  Sgr.  
 die 100 Stückliste 1 Rtl.  
 das Taufend 9 Rtl.  
 etwas Vorzügliches enthaltend und gut lustend.  
**Aug. Herzog**,  
 Schweidnitzerstraße Nr. 5.

**Schafvieh-Verkauf.**  
 Aus meiner Stammschäferei sind 50 Stück gesunde, zur Zucht vollkommen taugliche Mutter-schafe abzulassen. Auch sind wie früher zweijährige, reichwollige und gut gestapelte Böcke zum Verkauf gestellt. Die Preise sind der jetzigen Konjunktur ganz anpassend. Die Heerde erfreut sich des besten Gesundheitszustandes.  
**Belmsdorf (Kreis Namslau)**, den 3. Dezember 1848.  
**Louis von Söhler.**

**Zu Weihnachten** ist eine Wohnung, bestehend in 4 Zimmern, Alfove, Glas-Entree und nöthigem Zubehör **Dhlauerstr. 43** im 2. Stock zu vermieten. Das Nähere im 1sten Stock.  
 Ein Wirthschafts-Cleve kann auf großen Gütern bald angenommen werden durch:  
**Fralles**, Messergasse 39.

**Gänzlicher Ausverkauf** von Tapissierie-Waaren, seidnen Bändern und Spitzen, **Dhlauer-Straße Nr. 2**, in der Löwengrube, 1 Treppe.  
**Zum Winter** empfiehlt sein reichhaltig assortirtes Lager: Pelze, Ruffs, Pellerinen und Mützen, zu den möglich billigen Preisen:  
**W. Fischer**,  
 Ring- und Blücherplatz-Ecke Nr. 10 u. 11.  
**Düngerfall** ist zu verlaufen: **Schweidnitzerstraße Nr. 41.**

**16,000 Rthlr.**  
 werden zur 1sten Hypothek zu 4 $\frac{1}{2}$  Prozent auf eine Herrschaft gesucht, dieselbe ist auf 70,000 Rtl. abgeschätzt. Näheres bei **A. Jäfel**, Grüne Baumbrücke Nr. 2.

**Karrierte Flanelle**  
 $\frac{9}{8}$  breit, empfiehlt zu sehr billigen Preisen die **Leinwand- und Schnittwaaren-Handlung** **Meckenberg u. Jarecki**,  
 Kupfer- und Schmiedestr. 41, zur Stadt Warschau.

**Knabenhüte**  
 in Filz u. Seide, geschmackvoll garnirt, empfiehlt **S. L. Breslauer**,  
 Schweidnitzer Straße 52, 1. Etage.

**Die Leinwand-Handlung von Gustav Seifke**,  
 Karlsstraße Nr. 43,  
 empfiehlt ihr vollständiges Lager gebleichter reiner Leinwand und Greas, auch rein leinene Taschentücher und gefärbte Ritzen zu festen, jedoch möglichst billigen Preisen.

**Heute, Mittwoch: frische Blut- und Leberwurst** nach Berliner Art.  
**C. F. Dietrich**,  
 Schmiedebrücke Nr. 2.

**Waldwolle-Sohlen**,  
 welche die Füße warm und trocken halten, sowie **Leibbinden** von Waldwolle empfing wiederum **C. G. Fabian**, Ring Nr. 4.

Auf dem Dominio **Grosz-Bauche**, Kreis **Trebnitz**, stehen 150 Stück gut gemästete **Schöpfe** zum Verkauf.  
 Es wird ein gebrauchter eiserner Hund zu kaufen gewünscht **Altbüßerstr. 3**, 2 Etiegen.

**Frische Blutwürste** sind alle Donnerstage früh zu haben bei **Ernst Vott**, am Neumarkt Nr. 11.

**Mustern bei Julius König.**  
**Frische Hummern bei Ernst Wendt.**

**Zu vermieten** ist am **Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 23** eine Parterre-Wohnung, bestehend aus Entree, 3 Stuben, Kabinet, Küche und Beigelaß, und Neujahr zu beziehen.

**Zu vermieten** ist **Nikolai-Straße Nr. 22**, auf der Sonnenseite, die erste Etage von 10 Piecen, und Ofen zu beziehen.  
**Zu vermieten** Antonien-Straße Nr. 19, an der Promenade, im ersten Stock, zwei schöne Stuben, Kabinet und Küche, und Weihnachten oder Ostern zu beziehen.  
**Zu vermieten**, **Matthiasstraße Nr. 77**, im 2. Stock, für einen oder zwei solide Herren eine möblierte Vorder-Wohnung.  
 Das Nähere daselbst.

**Zwei freundliche Wohnungen** **Nikolai- und Weißgerbergassens-Ecke Nr. 45** sind zu vermieten und Neujahr zu beziehen.

**Hôtel garni in Breslau**, **Abrechtstraße Nr. 33**, 1. Etage, bei **Röniks**, sind elegant möblierte Zimmer bei prompter Bedienung auf beliebige Zeit zu vermieten. P. S. Auch ist Stallung u. Wagenplatz dabei.

Ungekommene Fremde in **Zettlig's Hotel**.  
 Kammerherr v. **Dallwig a. Leipe**. Oberstlieut. v. **Röckig a. Monbshüs**. Hauptmann **Zimmermann a. Wien**. Frau v. **Burghoff a. Oberschlesien**. Rentmeister **Sander a. Fürstentstein**. Gutbes. **Erzozowski u. Frau v. Szymanowska a. Warschau**. Landsch. Syndikus v. **Stephany a. Görzig**. K. K. Kammerherr **Graf Kaunig a. Prag**. Apotheker **Siegemund a. Sprottau**.

**Breslauer Getreide-Preise**  
 am 5. Dezember.

Sorte:	beste	mittele	geringste
Weizen, weißer	52 Sg.	46 Sg.	42 Sg.
Weizen, gelber	50 " "	44 " "	40 " "
Roggen	32 " "	29 " "	26 " "
Gerste	23 " "	21 " "	19 " "
Hafer	16 $\frac{1}{2}$ " "	15 " "	14 " "